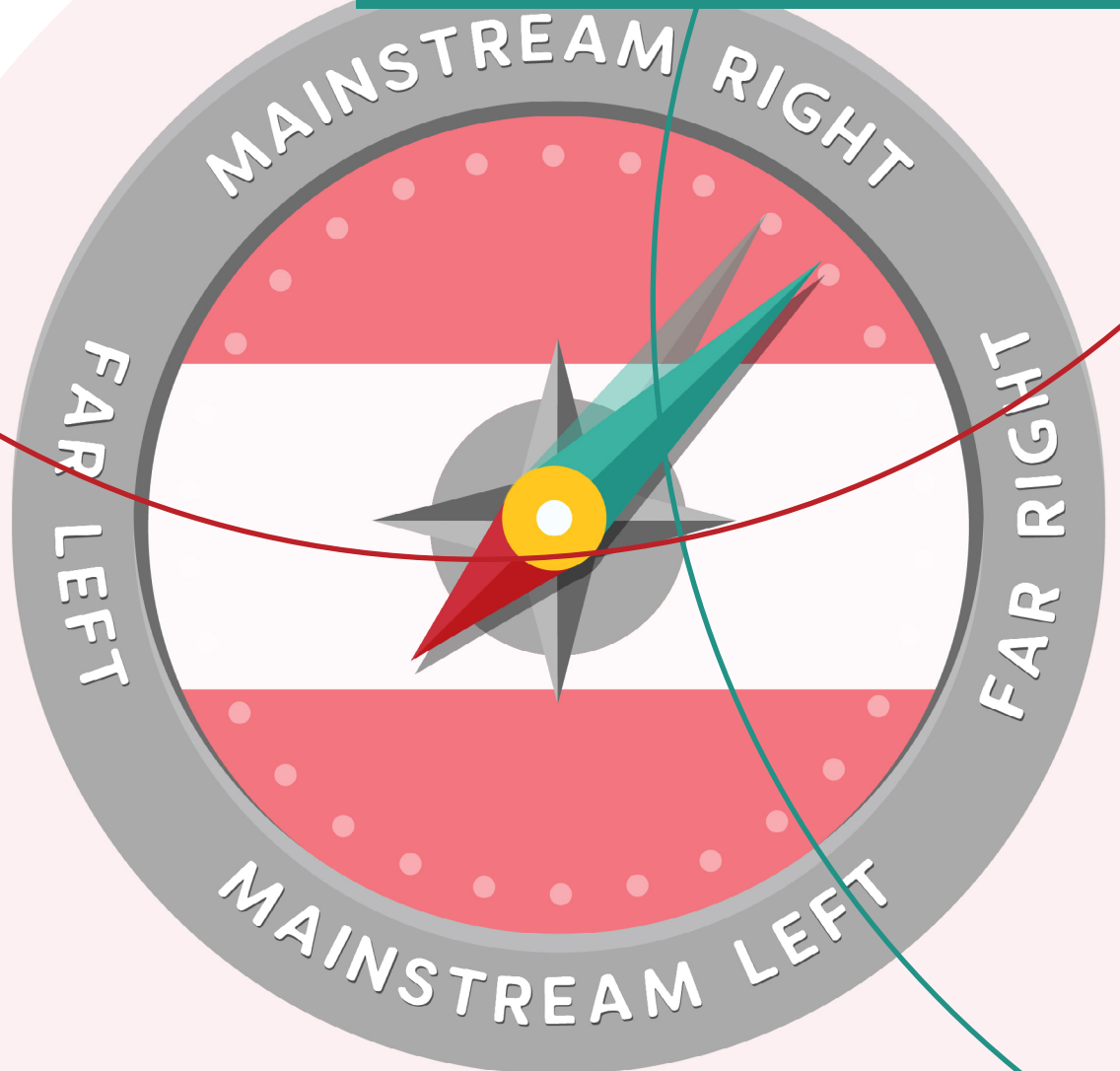


DIE STRATEGISCHE ANTWORT DES RECHTEN MAINSTREAMS AUF DIE RECHTSPOPULISTISCHE HERAUSFORDERUNG

DAS BEISPIEL DER ÖSTERREICHISCHEN
VOLKSPARTEI (ÖVP)

*Martin Dolezal, Reinhard Heinisch
und Diana Lucia Hofmann*



Studie publiziert im April 2024 von:

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES



**THE FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES (FEPS)**

European Political Foundation - N° 4 BE 896.230.213
Avenue des Arts 46, 1000 Brussels (Belgium)
www.feps-europe.eu
@FEPS_Europe



FONDATION JEAN-JAURÈS

12 Cité Malesherbes, 75009 Paris (France)
www.jean-jaures.org
@j-jaures



**FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES)
EU OFFICE BRUSSELS**

Rue du Taciturne 38, 1000 Brussels (Belgium)
www.brussels.fes.de
@FES_Europa



KARL-RENNER-INSTITUT

Karl-Popper-Straße 8, A-1100 Vienna (Austria)
www.renner-institut.at
@RennerInstitut



Diese Studie wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt. Sie repräsentiert nicht die Meinung des Europäischen Parlaments.

Copyright © (2024) von der Foundation for European Progressive Studies, der Fondation Jean-Jaurès, der Friedrich-Ebert-Stiftung EU Office Brussels und dem Karl Renner Institut.

Front page photo: Downtown

Copy editing: Martin Dolezal, Reinhard Heinisch und Diana Lucia Hofmann

Graphic Design: Downtown

Übersetzung: EuroMinds Linguistics und Martin Dolezal, Reinhard Heinisch, Diana Lucia Hofmann

Legal deposit registration number: D/2024/15396./21

ISBN: 978-2-931233-80-1 9782931233801

INHALT

EXECUTIVE SUMMARY	4
1 EINLEITUNG	6
2 DIE ÖVP IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT	8
2.1 ENTWICKLUNG UND AUFBAU DER ÖVP	9
2.2 „DIE NEUE VOLKSPARTEI“ UNTER SEBASTIAN KURZ	10
3 DER WANDEL DER ÖVP: RECHTSRUCK BEI SOZIOKULTURELLEN THEMEN ...	13
3.1 PROGRAMMATISCHER WANDEL UND DIE POSITIONIERUNG DER PARTEI	14
3.2 BEDEUTUNG POLITISCHER THEMEN UND ANGRIFFE AUF GEGNER:INNEN	17
3.3 KOALITIONSVERHALTEN UND DIE POPULISTISCHE RECHTE	21
4 DIE FOLGEN FÜR DIE (SOZIALE) DEMOKRATIE	22
4.1 EINE EROSION DER DEMOKRATIE (AUCH) IN ÖSTERREICH?	23
4.2 FOLGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRAT:INNEN I: WÄHLERWANDERUNG	23
4.3 FOLGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRAT:INNEN II: KOALITIONSBILDUNG	24
4.4 FOLGEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRAT:INNEN III: ORIENTIERUNGSDEBATTE DER PARTEI	26
5 FAZIT	28
ZU DEN AUTOR:INNEN	32
ÜBER FEPS UND PARTNER	33

EXECUTIVE SUMMARY

EXECUTIVE SUMMARY

Der Aufstieg des Rechtspopulismus setzt die liberale Demokratie in vielen Ländern unter Druck. Die Parteien der rechten Mitte bzw. des rechten Mainstreams, insbesondere die Vertreter der konservativen und christdemokratischen Parteienfamilien, sind ein wesentlicher Faktor bei der Verteidigung der liberalen und demokratischen Institutionen. Die Reaktionen der Mitte-Rechts-Parteien waren bisher sehr unterschiedlich und reichten von der totalen Ablehnung des Rechtspopulismus und der Bildung eines „cordon sanitaire“ gegen dessen parteipolitische Vertreter über die Übernahme einzelner politischer Forderungen bis hin zur Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien in Regierungskoalitionen. Die vorliegende Studie untersucht die Reaktion der ÖVP auf die Herausforderung durch die FPÖ und geht dabei der Frage nach, ob es zu einer Radikalisierung des rechten Mainstreams in Österreich gekommen ist. Darüber hinaus wird der Frage nachgegangen, welche Konsequenzen dies für die Sozialdemokratie hat. Das Beispiel der ÖVP ist für das Verständnis der Reaktionsweisen rechter Mainstreamparteien und der Konsequenzen für die Sozialdemokratie besonders relevant, da Österreich seit den 1990er Jahren eine Hochburg des Rechtspopulismus ist.

Radikalisierung kann sich auf zwei Arten äußern: erstens als Verschiebung der Parteipositionen in zentralen Politikfeldern weg von gemäßigten hin zu radikaleren Positionen und zweitens als Angriff auf zentrale Elemente einer liberalen Demokratie wie die Unabhängigkeit der Justiz oder die Pressefreiheit. Auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur, verfügbarer Daten zu politischen Positionen der ÖVP sowie neu gewonnener Daten mittels einer Inhaltsanalyse ihrer Presseaussendungen geht die Studie der Frage nach, ob und wenn ja, welches der beiden Radikalisierungskonzepte auf den österreichischen Vertreter des rechten Mainstreams zutrifft. Die angesprochenen Konsequenzen für die Sozialdemokratie sind mögliche

Gewinne und Verluste bei Wechselwähler:innen, Optionen bei der Regierungsbildung und interne Auseinandersetzungen um die programmatische Ausrichtung der Partei.

Die verfügbaren Daten zeigen eine deutliche Rechtsverschiebung der ÖVP bei einigen soziokulturellen Fragen, insbesondere in den Bereichen Migration und Integration, nicht aber bei sozioökonomischen Themen. Diese Rechtsverschiebung geschieht innerhalb eines – aus liberaldemokratischer Perspektive – akzeptablen Rahmens, doch wurden einige geplante radikalere Maßnahmen von Gerichten verhindert. Für das zweite Radikalisierungsverständnis gibt es hingegen kaum relevante Belege, auch die zweimalige Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ bzw. deren Abspaltung BZÖ (2000-2005/2005-2007 und 2017-2019) ändert nichts an diesem Befund. Insgesamt kann die ÖVP daher nicht als Beispiel einer sich radikalisierenden rechten Mainstreampartei klassifiziert werden.

Ein Blick auf die Konsequenzen für die Sozialdemokratie zeigt einen nur geringen Austausch von Wähler:innen zwischen SPÖ und ÖVP. Wenn, dann verlor die SPÖ bei den jüngsten Wahlen an die Konservativen. Bei der Regierungsbildung schränkt der Verzicht der SPÖ auf eine Zusammenarbeit mit der FPÖ die Optionen der Sozialdemokraten stark ein, doch besteht auch die Option einer neuen „Großen Koalition“ – ergänzt um eine dritte Partei. Der Aufstieg des Rechtspopulismus und die Reaktion der ÖVP sind schließlich wesentliche Faktoren bei der internen Auseinandersetzung der SPÖ über die künftige programmatische und strategische Ausrichtung der Partei.

1. EINLEITUNG

1. EINLEITUNG

Die potenzielle Radikalisierung des rechten Mainstreams lässt sich am Beispiel Österreichs gut untersuchen, denn seit den 1990er Jahren ist das Land eine Hochburg rechtspopulistischer Strömungen. Migration ist ein zentrales Thema des Parteienwettbewerbs und der Euroskeptizismus ist stärker ausgeprägt als in den meisten anderen EU-Mitgliedsländern.

Studien zum Parteienwettbewerb haben verschiedene Strategien identifiziert, wie die klassischen Mainstream-Parteien auf den Aufstieg der populistischen, radikalen Rechten reagieren können.¹ Ganz allgemein können die etablierten Parteien auf zweierlei Weise auf populistische Angreifer reagieren: Sie können sie einfach ignorieren oder auf Kooptation setzen, d.h. auf eine Strategie der inhaltlichen Übernahme von Positionen des politischen Gegners, die zu einer zunehmenden Polarisierung der Politik führen kann. Anfangs versuchte die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die das christliche, (neo)liberale und konservative Spektrum der traditionellen rechten Mitte vertritt, die wachsende Herausforderung durch die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu ignorieren. Als dies jedoch nicht die erwartete Wirkung zeigte und die Zugkraft der FPÖ nicht abnahm, schaltete die ÖVP auf eine kämpferische Strategie um und übernahm einige der FPÖ-Positionen und Ideen sowie Teile ihrer Rhetorik.²

Während anderswo, beispielsweise in Belgien, für einen „*cordon sanitaire*“ gegen populistische, rechtsradikale Parteien plädiert wird, hat die ÖVP in Österreich bereits zweimal mit der FPÖ koalitiert. Dort, wo die populistische, radikale Rechte die konservativen Parteien herausfordert, reicht die Palette der Verhaltensmuster somit von klarer Ablehnung über Annäherung bis zur Zusammenarbeit in der Regierung.³ Laut Bale⁴ führt eine solche Kooperation zu einer Normalisierung

rechtsextremen Gedankenguts und einer Bipolarisierung der Parteienlandschaft. Die Frage ist, ob dies auch zu einer Radikalisierung gemäßigter, rechter Großparteien führt.

Die Anzahl der Studien zum Programm- und Strategiewandel der ÖVP seit der Jahrtausendwende ist überschaubar. Einige Autor:innen verweisen jedoch auf weitreichende Entwicklungen. So schreibt beispielsweise Wodak, dass die ÖVP „einige (nicht alle) Aspekte des FPÖ-Wahlprogramms schamlos integriert hat“⁵, während Hadj Abdou und Ruedin in der ÖVP einen „migrationsfeindlichen Akteur“ sehen.⁶ Strobl wiederum interpretiert die jüngsten Veränderungen in der ÖVP als ein Beispiel für „radikalisierten Konservatismus“.⁷

Wir interessieren uns vornehmlich für den mutmaßlichen Wandel der ÖVP und fragen, ob die Zusammenarbeit mit der FPÖ tatsächlich das Ergebnis einer echten Neuausrichtung ihres Parteiprogramms ist und als Radikalisierung interpretiert werden kann. In einem zweiten Schritt untersuchen wir, wie sich dies auf die Demokratie in Österreich im Allgemeinen sowie auf die Sozialdemokratie im Besonderen auswirkt.

Dieses Strategiepapier beginnt mit einem kurzen Überblick über die Entwicklung der ÖVP und die politischen Zusammenhänge in Österreich. Anschließend untersuchen wir anhand aktueller Literatursowie verschiedener öffentlich zugänglicher, aber auch neu gesammelter Daten zur Positionierung, zum Programm und zur Kommunikation der Partei, ob und wie sie sich tatsächlich radikalisiert hat. Abschließend widmen wir uns den Folgen, die eine (potenzielle) Radikalisierung der ÖVP allgemein für die österreichische Demokratie und insbesondere für die Entwicklung der Sozialdemokraten (SPÖ) haben könnte.

2. DIE ÖVP IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT

2. DIE ÖVP IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT

Österreich ist ein Bundesstaat und besteht aus neun Bundesländern, deren rechtliche und finanzielle Befugnisse begrenzt sind, die im politischen System aber dennoch eine wichtige zusätzliche politische Ebene bilden. Der Austrokorporatismus ist ein weiterer wichtiger Faktor, der nach seiner Blüte in den 1960er und 1970er Jahren zwar an Bedeutung verloren hat, für wirtschaftspolitische Entscheidungen aber weiterhin relevant bleibt.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung der Zweiten Republik dominiert die ÖVP – zusammen mit der SPÖ – die österreichische Politik. Auch die Freiheitliche Partei ist keine neue Kraft, sie wurde 1955 gegründet. In den 1970er und frühen 1980er Jahren durchlief sie eine liberale Phase, die endete, als Jörg Haider 1986 die Führung der Partei übernahm. Die FPÖ ist somit ein gutes Beispiel für eine etablierte Partei, die sich in eine rechtspopulistische Partei verwandelt hat. Zu den weiteren relevanten Parteien gehören die im europäischen Vergleich relativ starken Grünen sowie die kleinere, liberale Partei NEOS (sowie der Vorgänger LIF in den 1990er Jahren). Die radikale Linke (KPÖ) ist – trotz regionaler Ausnahmen – in Österreich generell schwach und daher, zumindest auf der Bundesebene, politisch nicht relevant.

2.1 Entwicklung und Aufbau der ÖVP

Die Ursprünge der österreichischen Konservativen datieren bis ins späte 19. Jahrhundert zurück. Damals entstand die katholische, sozialpolitisch orientierte Christlichsoziale Partei als eine antisozialistische und antiliberalistische Partei, die sich an breite Wählerschichten wandte. Sie vertrat die ländliche Bevölkerung, die städtische Bourgeoisie sowie den traditionellen Mittelstand, etwa die Inhaber kleiner Betriebe. Zum historischen Erbe der ÖVP gehört auch der Austrofaschismus, die repressive Zeit des

ständestaatlich-faschistischen Herrschaftssystems von 1934-1938, das vom Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland beendet wurde. Dieses klerikale, korporative Erbe machte die ÖVP, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, von Anfang an zu einer relativ konservativen Partei.

Die funktional (bündisch) gegliederte Volkspartei verfügte über eine eher schwache Parteiführung und wurde von starken Teilorganisationen und regionalen Gliederungen getragen. Ihre sechs funktionalen Teilorganisationen, die Bünde, sind nach beruflichen und demografischen Aspekten organisiert (Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund, Wirtschaftsbund, Bauernbund, ÖVP-Frauen, Seniorenbund und Junge ÖVP). Sie sind gesetzlich eigenständige Organisationen und können potenziell unabhängig von der Parteiführung agieren. Darüber hinaus wird die ÖVP stark von regionalen Parteiorganisationen, den neun Landesparteien, und deren Führung bestimmt. Der Bundesparteivorstand war daher immer bestrebt, diese verschiedenen internen Faktionen hinter sich zu vereinen. In geografischer Hinsicht folgt der Aufbau der ÖVP der föderalen Struktur Österreichs. Von allen österreichischen Parteien verfügen die Konservativen bis in die Gegenwart über die mit Abstand größte Organisationsdichte, d.h. die meisten Ortsgruppen.

Während sich die SPÖ traditionsgemäß als Partei des industriellen Proletariats verstand, waren die Konservativen die kollektive politische Kraft für nahezu alle Schichten der Bourgeoisie sowie der ländlichen Bevölkerung Österreichs. Die ÖVP war also nicht nur eine Partei für wohlhabende Gesellschaftsschichten und Geschäftsinteressen, sondern verstand sich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung – daher der Name „Volkspartei“. Als Sammelbecken für das Bürgertum vereinte sie

verschiedene ideologische Strömungen, darunter den Konservatismus, die Unterstützung der freien (Markt)-Wirtschaft und die katholische Soziallehre.

In der langen Reihe konservativ-sozialdemokratischer Koalitionen in den Jahren 1945-1966 konnte die ÖVP die wichtigsten Kabinettposten für sich beanspruchen und stellte den Bundeskanzler. Bis 1970 regierte sie dann allein. Die stärker gewordene neue Mittelschicht, die sich politisch liberaler und gesellschaftlich mobiler zeigte, passte jedoch immer schlechter zur traditionellen Orientierung der Volkspartei. Dieser demografische Wandel veränderte zwangsläufig auch die Machtverhältnisse in den Teilorganisationen der Partei. Ab 1987, als Juniorpartner in der Großen Koalition mit der SPÖ, fiel es der ÖVP sehr schwer, sich zu modernisieren. Gegen Ende der 1980er und während der 1990er Jahre führte das endlose, interne Tauziehen zwischen den verschiedenen Fraktionen zu dem Image einer heillos zerstrittenen Partei mit schwacher Führung. Gerade mit dem Wandel der österreichischen Politik in Richtung einer „Kanzlerdemokratie“⁸ waren ab den 1970er Jahren aber starke politische Persönlichkeiten gefragt und im Vergleich dazu wirkte die ÖVP-Führung schwach. Ab den späten 1980er Jahren wurden die Konservativen insbesondere von der aufstrebenden rechtspopulistischen FPÖ attackiert. Zwischen 1986 und 1995 sank das Wählervertrauen für die ÖVP von 41,3 % auf 28,3 %.

Die Konservativen waren sich dieser Probleme sehr bewusst. Sie unternahmen daher mehrere Versuche, ihren organisatorischen Aufbau zu verändern und ihr ideologisches Profil zu schärfen. Das Parteiprogramm von 1995 besiegelte die geistige Rückkehr der ÖVP zu einem ideologischen und kulturellen Konservatismus und läutete damit das Ende ihrer eher liberalen Phase ein.

Vier Jahre später, bei der Nationalratswahl 1999, lag die ÖVP nur an dritter Stelle in der Wählergunst. Dennoch bildete der damalige ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel eine Koalition mit der FPÖ. Die Volkspartei übernahm die Führung der Regierung mit Schüssel als Bundeskanzler, die FPÖ die Rolle

der Juniorpartnerin. International anfänglich eher isoliert stellten die Konservativen daraufhin bis 2007 den Bundeskanzler. Sie profitierten dabei von den internen Problemen und letztendlich dem Zusammenbruch der FPÖ in der Regierung und der 2005 erfolgten Abspaltung des von Haider neu gegründeten Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das die FPÖ als Koalitionspartner der ÖVP ersetzte.

2.2 „Die neue Volkspartei“ unter Sebastian Kurz

Mitte der 2010er Jahre war die ÖVP erneut nur Juniorpartnerin in einer Koalition mit der SPÖ und musste einmal mehr große Stimmenverluste hinnehmen. Die FPÖ hatte sich hingegen längst von ihrem Tiefpunkt erholt, und als Folge der Flüchtlingskrise von 2015 drohte erneut ein Absprung vieler konservativer Wähler:innen zu den Freiheitlichen. Außerdem stellte die SPÖ 2016 mit Christian Kern einen politisch vielversprechenden, neuen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler. Wie sah die Reaktion der ÖVP aus? Sie brachte den Außenminister und damals das beliebteste und mit knapp 31 Jahren jüngste Regierungsmitglied, Sebastian Kurz, als neuen ÖVP-Parteiobmann ins Spiel.

Kurz hatte scharfe Kritik am liberalen Kurs Österreichs in der Flüchtlingskrise geübt und sich von der „alten Garde“ seiner Partei zunehmend distanziert. Positionen, die bei konservativen und rechtsgerichteten Wähler:innen unbeliebt waren, darunter beispielsweise die klare pro-europäische Haltung der ÖVP, ließ er fallen. Zur Einwanderung und zum Islam äußerte er sich betont kritisch. Kurz gab der Partei ein neues inhaltliches Image und verband dies mit symbolischen Elementen wie einem neuen Farbkonzept (von Schwarz zu Türkis) und einem neuen Namen („Die neue Volkspartei“). Kurz personifizierte die neue Orientierung der Partei und betonte dabei einen grundlegenden politischen Neubeginn – und dies, obwohl die ÖVP seit 1987 kontinuierlich in der Regierung und seit dem Zweiten Weltkrieg ein fester Bestandteil der politischen Landschaft gewesen war.⁹

2017 (und 2019) war die strategische Neu-Ausrichtung der ÖVP, die sich am Stil und vielen Ideen der FPÖ orientierte, tatsächlich erfolgreich und die ÖVP konnte potenzielle (und frühere) FPÖ-Wähler:innen für sich gewinnen. Die Ende 2017 gebildete neue Koalition mit der FPÖ dauerte jedoch weniger als zwei Jahre. Im Mai 2019 wurde ein Video mit dem angeheiterten FPÖ-Obmann und (späteren) Vizekanzler Heinz-Christian Strache publik, in dem er seine Bereitschaft zur illegalen Einflussnahme bei Medienunternehmen und zur Korruption bekundete. Die Ibiza-Affäre (benannt nach der Insel, auf der dieses heimlich gedrehte Video im Sommer 2017 entstanden war), führte zu Straches Rücktritt und anschließend zum Ende der Koalition. Die Konservativen bestanden nämlich auch auf dem Rücktritt des FPÖ-Innenministers Herbert Kickl, dem kurz nach Amtsantritt der neuen Regierung politische Einflussnahme auf Ermittlungen gegen rechtsextreme Gruppen vorgeworfen worden war. Die gemäßigeren ÖVP-Gruppen erkannten in der Regierungsumbildung eine Chance, Kickl loszuwerden, schließlich war er für sie zu einer politischen Belastung geworden. Kurz plante daraufhin, mit seiner ÖVP und einigen unabhängigen Minister:innen bis zu einer vorgezogenen Neuwahl eine Minderheitsregierung anzuführen – dies schlug jedoch fehl. Nachdem der Nationalrat der Regierung das Misstrauen ausgesprochen hatte, führte eine aus Expert:innen gebildete Übergangsregierung das Land bis zu den Neuwahlen im September 2019.

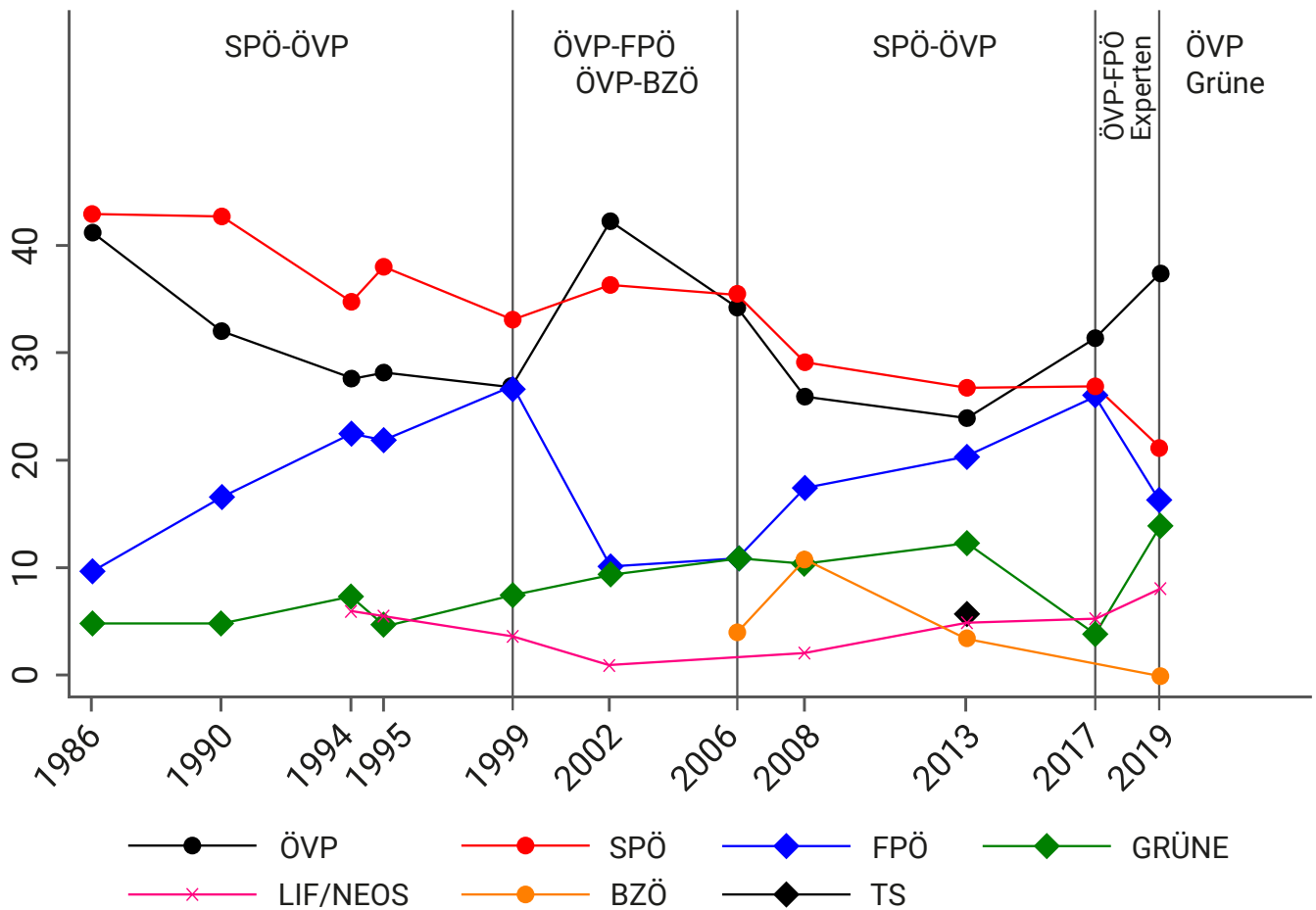
Nach diesen Ereignissen versuchte die ÖVP, die FPÖ eine Zeitlang zu ignorieren und ging stattdessen eine Koalition mit den Grünen ein. Dies war möglich, da die FPÖ in der Wahl von 2019 nahezu zehn Prozentpunkte bei den Wählerstimmen verlor, die Grünen jedoch ihr bislang bestes Wahlergebnis erreichten. Die ÖVP war bestens positioniert, viele enttäuschte FPÖ-Wähler:innen auf ihre Seite zu ziehen und verbesserte ihr bereits starkes Ergebnis von 2017 von 31,5 % auf nunmehr 37,5 %. Die Volkspartei ging davon aus, dass ihr von rechts kaum Gefahr drohte. Schließlich war die FPÖ intern zerstritten und vorrangig mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Die mit den Grünen beschlossene Koalitionsvereinbarung sicherte zudem mit einer besonderen Regelung die

restriktive Migrationspolitik, ein zentrales Anliegen von Kurz und der ÖVP, ab. Sollten sich die Grünen in diesem Politikfeld als unkooperativ erweisen, stand es den Konservativen frei, andere Mehrheiten im Parlament zu bilden.

Überraschenderweise gelang es den Grünen, die einige der wichtigsten Ministerien besetzten, jedoch häufig, Pläne der Konservativen zu vereiteln. Geleakte Chat-Nachrichten, die führenden ÖVP-Funktionären, darunter auch Bundeskanzler Kurz, Korruption in öffentlichen Unternehmen und der Verwaltung nachsagten, sowie intensive Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die von der grünen Justizministerin geschützt wurden, trugen wesentlich dazu bei, den Ruf der ÖVP in der breiten Öffentlichkeit zu beschädigen. Dies wiederum begünstigte die Grünen, die im Oktober 2021 damit drohten, die Koalition zu beenden, falls Kurz, dem ein Misstrauensvotum bevorstand, nicht zurücktreten würde. Die ziemlich sichere Aussicht auf eine neue Regierung ohne konservative Beteiligung veranlasste die Partei, seinen Rücktritt als Bundeskanzler und danach auch als Parteiohmann zu fordern. Bis die ÖVP Karl Nehammer zum neuen Parteiohmann (2021 interimistisch, 2022 gewählt) und Bundeskanzler (Dezember 2021) bestellte, übernahm ÖVP-Außenminister Alexander Schallenberg für kurze Zeit das Kanzleramt. Anschließend richtete der neue Bundeskanzler Nehammer den Fokus der ÖVP wieder stärker auf die FPÖ und bezeichnete die Partei, vor allem aber ihren Bundesparteiohmann Kickl öffentlich als regierungsunfähig. Gleichzeitig versuchte er mit seiner Agenda aber weiterhin, rechte Wähler:innen für die ÖVP zu gewinnen.

Zusammenfassend lässt sich aus der Entwicklung der Volkspartei in den vergangenen Jahren schließen, dass der liberale Parteiflügel verschwunden ist und das christdemokratische Profil zugunsten einer konservativeren Ausrichtung geschwächt wurde. Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Wahlergebnisse (Stimmenanteile) aller Parteien, die ab 1986 in das österreichische Parlament gewählt wurden. Die am oberen Rand der Abbildung angeführten verschiedenen Koalitionen belegen die zentrale Rolle, die die ÖVP als nahezu durchgehend präsente Regierungspartei in der österreichischen Politik spielt.

Abbildung 1. Nationalratswahlen.



Quelle: Nationalratswahlen. Bundesministerium für Inneres.

Anmerkungen: Seit 1994 besteht eine 4 %-Hürde, seit 2008 dauert die Legislaturperiode fünf Jahre. Legislatur- und Regierungsperioden stimmen nicht zwangsläufig überein, da die Regierungen häufig erst im Folgejahr gebildet wurden. Die erste ÖVP-FPÖ-Regierung endete im April 2005, als das BZÖ die FPÖ offiziell als Koalitionspartner der ÖVP ersetzte, ohne dass Neuwahlen ausgerufen wurden.

Abkürzung: TS, Team Stronach. Alle anderen Parteien werden im Fließtext genannt.

3. DER WANDEL DER ÖVP: RECHTSRUCK BEI SOZIOKULTURELLEN THEMEN

3. DER WANDEL DER ÖVP: RECHTSRUCK BEI SOZIOKULTURELLEN THEMEN

Wer, wie im theoretischen Einleitungskapitel erläutert, die potenzielle Radikalisierung rechter Mainstream-Parteien untersuchen will, muss zwischen zwei verschiedenen Radikalisierungskonzepten unterscheiden. Zum einen kann sich Radikalisierung auf „räumliche“ Faktoren beziehen, etwa die Verschiebung von gemäßigten zu radikalen Positionen in bestimmten Politikbereichen. Zum anderen kann sich Radikalisierung auch darin manifestieren, dass führende Parteimitglieder oder offizielle Positionen der Partei zentrale Grundsätze einer liberalen Demokratie hinterfragen, darunter beispielsweise die Unabhängigkeit der Justiz oder die Pressefreiheit. Letzteres, so werden wir darlegen, ist für ein Verständnis der Entwicklung der ÖVP kaum relevant, weshalb wir den Fokus auf die „räumliche“ Konzeption richten.

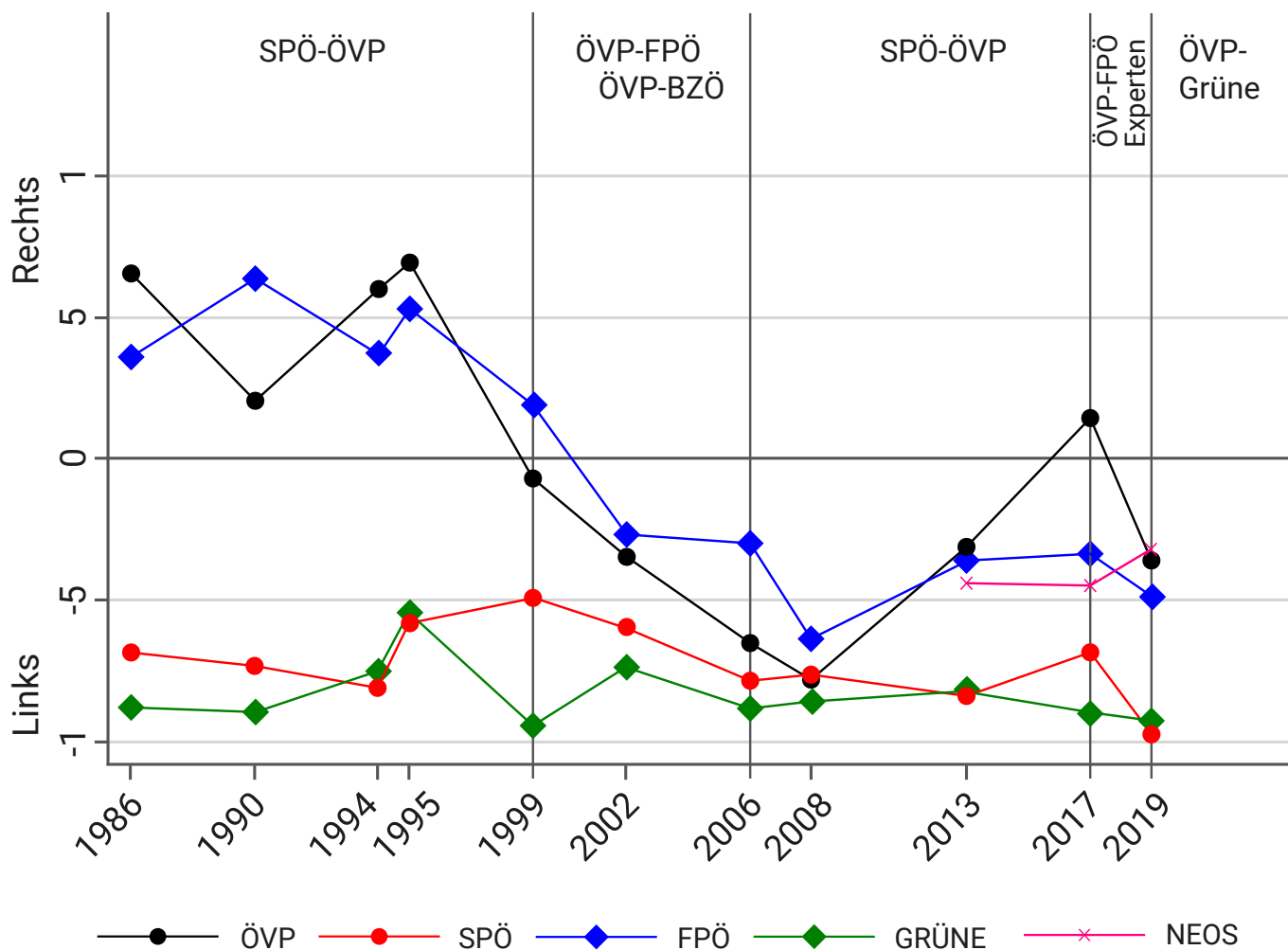
In einer ersten Analyse der programmatischen Entwicklung der Partei zeichnen wir in Abschnitt 3.1 die Entwicklung der ÖVP anhand von Inhaltsanalysen ihrer Wahlprogramme nach, die im Rahmen des MARPOR-Projekts¹⁰ erstellt wurden. Hier unterscheiden wir zwischen den sozioökonomischen und soziokulturellen Dimensionen des Parteienwettbewerbs. Anhand von Expertenbefragungen gehen wir anschließend auf die Positionen zur europäischen Integration ein. In Abschnitt 3.2. zeigen wir, welche Bedeutung die ÖVP ausgewählten Politikfeldern zumisst, wofür wir Ergebnisse einer neu erstellten Inhaltsanalyse von Presseaussendungen verwenden. Dazu gehören auch Informationen zu den politischen oder anderen Akteuren, die von der ÖVP in ihren Aussendungen angegriffen werden. In Abschnitt 3.3 widmen wir uns abschließend dem Koalitionsverhalten der Partei.

3.1 Programmatischer Wandel und die Positionierung der Partei

Abbildung 2 lässt darauf schließen, dass ÖVP und FPÖ bei ihrer Positionierung zu sozioökonomischen Fragen einem parallelen Muster folgen. Bei der Sozial- und Wirtschaftspolitik, und das ist ein noch bemerkenswerter Befund, der sich aus diesen Daten ergibt, haben sich die unterschiedlichen Positionen aller fünf Parteien, die derzeit im Parlament vertreten sind, im Laufe der Zeit deutlich angenähert. Auch die beiden rechtsgerichteten Parteien ÖVP und FPÖ haben ihre in den 1990er Jahren gehaltenen neoliberalen Positionen aufgegeben. Da alle Parteien nun eine linke oder Zentrumsposition einnehmen, gibt es auch keine Anzeichen einer potenziellen Radikalisierung (oder sogar Transformation) der ÖVP in diesem Politikbereich.

Bei soziokulturellen Aspekten verläuft die Entwicklung nach einem gänzlich anderen Muster. Abbildung 3 zeigt, dass die ÖVP zumindest bis 2006 einen gemäßigten Ansatz verfolgte und sich relativ nahe bei der SPÖ positionierte. Nachdem sie ihre Mehrheit bei der Wahl 2006 verloren hatten, bewegten sich die Konservativen danach bei soziokulturellen Fragen nach rechts, wurden dabei aber von einer FPÖ konfrontiert, die ebenfalls nach rechts gewandert war. Nach 2008 befassten sich SPÖ und ÖVP mehr mit der Finanzkrise und ihren Folgen als mit soziokulturellen Streitfragen. Im Anschluss an die Flüchtlingskrise von 2015 und 2016, und insbesondere nachdem Kurz die Führung der Partei übernommen hatte, verstärkte die ÖVP bei soziokulturellen Fragen jedoch ihren Rechtskurs. Unter Kurz konzentrierte sich die Partei zunehmend auf den „politischen“ Islam, Extremismus und die Frage einer kulturellen Integration

Abbildung 2. Sozioökonomische Links-Rechts-Positionen der größten Parteien Österreichs im Zeitverlauf (1986-2019).



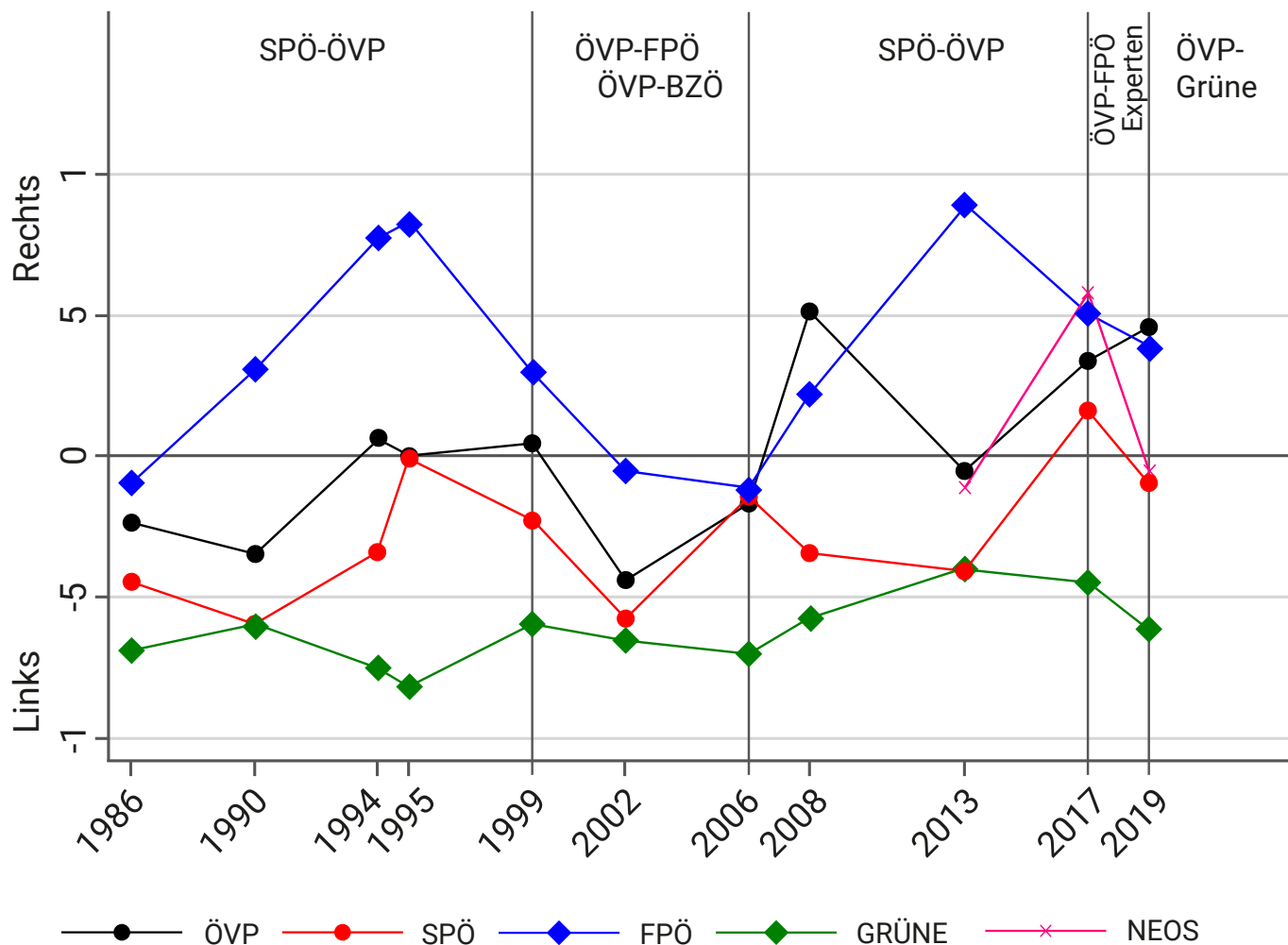
Quelle: Heinisch und Werner (2021), S. 147, mit einem Update für 2019. In die Abbildung fließen Daten aus dem MARPOR-Projekt ein. Die Berechnungen der Links-Rechts-Positionen basiert auf Franzmann (2009) „The change of ideology: How the left-right cleavage transforms into issue competition; an analysis of party systems using party manifesto data“.

der Einwander:innen in die österreichische Gesellschaft.¹¹ 2019 bestanden in dieser Hinsicht kaum noch Unterschiede zur FPÖ.

Ein genauerer Blick auf die Wahlprogramme der ÖVP zwischen 2013 und 2017 zeigt, dass der Umfang rechter Schwerpunkte in Bereichen wie Einwanderung, EU-Politik, Souveränität in Wirtschaftsfragen sowie innere Sicherheit zugenommen hat. Die ÖVP nahm in ihrer Programmatik nationalistische und weit

rechtsstehende Züge an, die zuvor eher mit der FPÖ in Verbindung gebracht worden waren.¹² Das ÖVP-Wahlprogramm „Der Neue Weg“¹³ unterstrich, dass Einwander:innen „österreichische Werte“ übernehmen müssten, lehnte ein (Kommunal-) Wahlrecht für Ausländer:innen ab, warnte vor ausländischen (und hier insbesondere türkischen) Einflüssen auf die österreichische Zivilgesellschaft, sprach sich für Grenzkontrollen aus, versprach, das Zahlen mit Bargeld (vor angeblich anderslautenden EU-Plänen) zu schützen usw.

Abbildung 3. Soziokulturelle Links-Rechts-Positionen der größten Parteien Österreichs im Zeitverlauf (1986-2019).

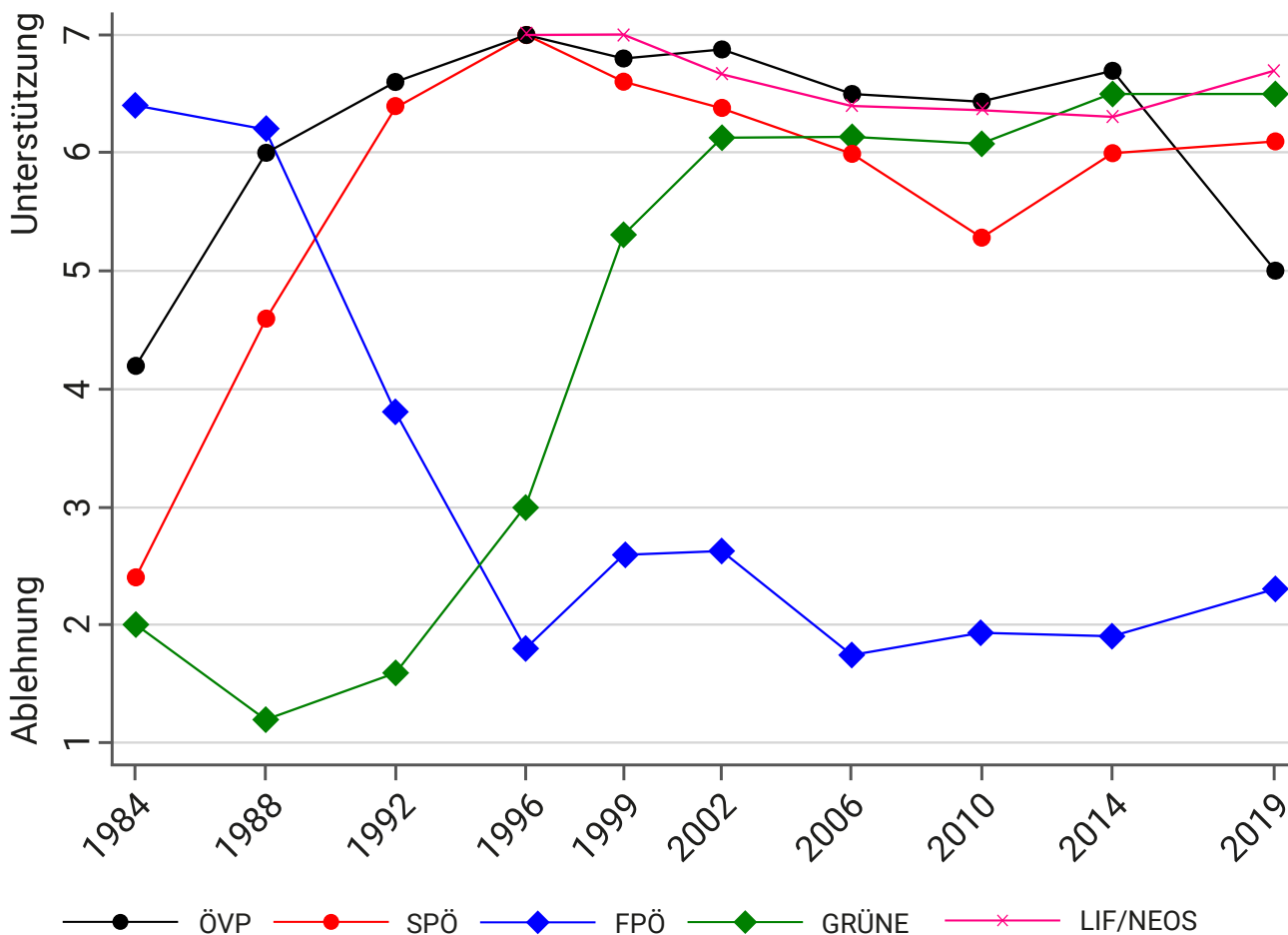


Quelle: Heinisch und Werner (2021), mit einem Update für 2019. In die Abbildung fließen Daten aus dem MARPOR-Projekt ein. Die Berechnungen der Links-Rechts-Positionen basieren auf Franzmann (2009).

Im Vergleich dazu hielt die ÖVP bei ihrer generellen Positionierung zur europäischen Integration einen stabileren Kurs. Wir, und andere Autor:innen,¹⁴ beobachten jedoch eine Abkehr der Partei von ihrer vormals begeisterten Unterstützung des Integrationsprozesses.¹⁵ Tatsächlich zeigen mehrere Expertenbefragungen einen eher subtilen Wandel der ÖVP in den vergangenen Jahren (Abbildung 4). Die ÖVP hat sich nicht in eine euroskeptische Partei verwandelt, dennoch hat der aktuelle Anstieg kritischer Stimmen intern zu Spannungen geführt. Das Paradebeispiel hierfür ist der lange, auch

öffentlich ausgetragene Konflikt zwischen ÖVP-Parteiobmann Kurz und seinen Nachfolgern auf der einen sowie dem Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (EP), Othmar Karas, auf der anderen Seite.¹⁶ Karas, EP-Abgeordneter seit 1999 und einer der profiliertesten Repräsentant:innen der Volkspartei, warf seiner eigenen Partei und der ÖVP-geführten Bundesregierung regelmäßig vor, sich europäischen Interessen entgegenzustellen. Inzwischen hat Karas bekanntgegeben, bei der Europawahl 2024 nicht mehr für die ÖVP anzutreten. In vielerlei Hinsicht verkörpert Karas die traditionelle

Abbildung 4. Die Positionen der österreichischen Parteien zur europäischen Integration (1984-2019).



Quelle: Expertenbefragungen: *European Journal of Political Research*, 2(36): 283-306. DOI: 10.1023/A:1007009106184; 1999–2019 Chapel Hill Expert Survey Trend File.

Hinweis: Fachleute bewerteten die Parteipositionen auf einer Skala von 1 („Ablehnung“) bis 7 („Unterstützung“).

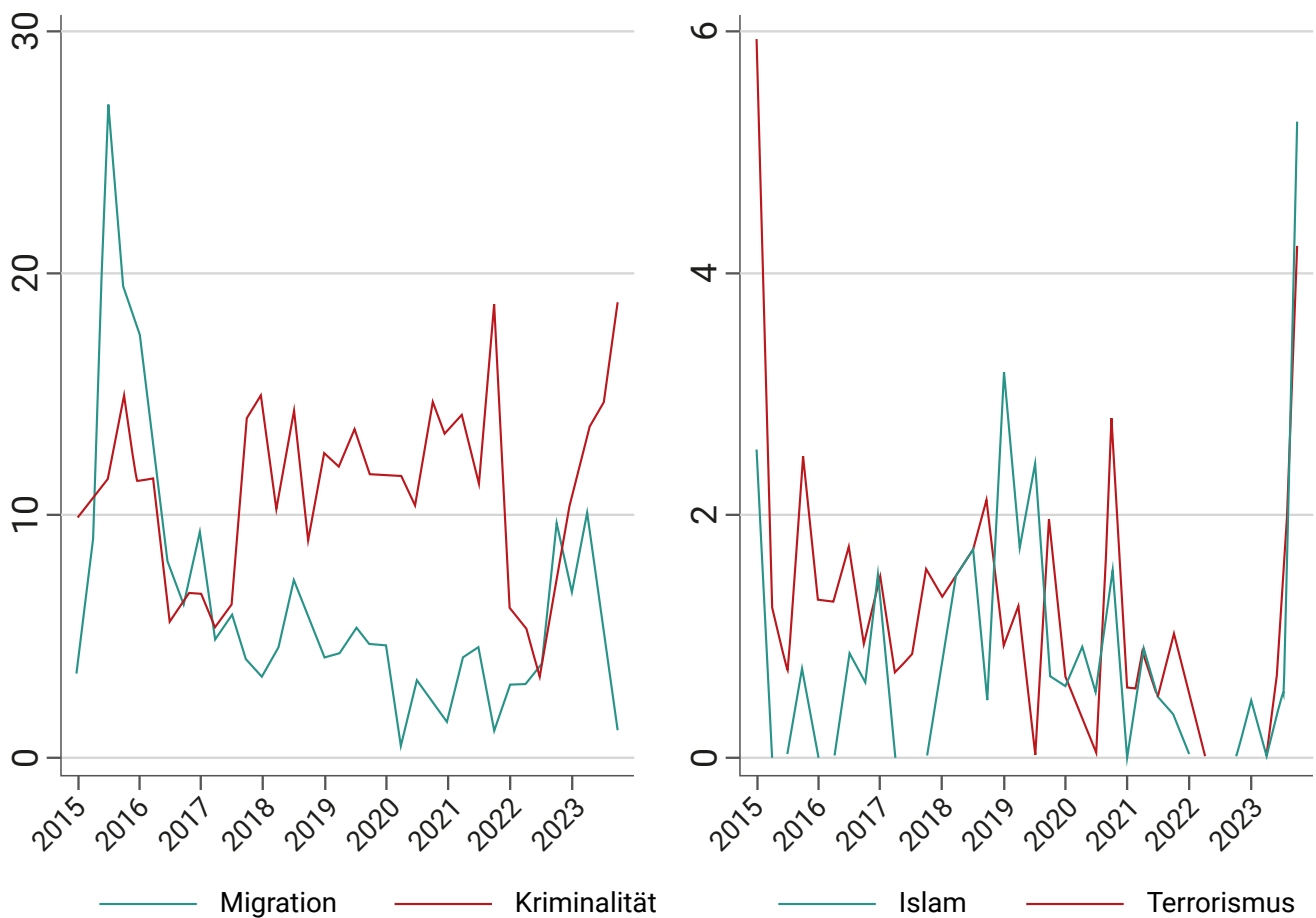
ÖVP und belegt damit, wie sie sich – insbesondere im Hinblick auf die Positionierung zur europäischen Integration und ihre christdemokratischen Traditionen – verändert hat.

3.2 Bedeutung politischer Themen und Angriffe auf Gegner:innen

Bei soziokulturellen Konfliktthemen hat sich die Position der ÖVP deutlich nach rechts verschoben. Dennoch bleibt die Frage offen, wie wichtig

diese Themen für das Gesamtbild der Partei tatsächlich sind. Um deren Stellenwert genauer zu untersuchen, haben wir die Entwicklung der ÖVP im Zeitverlauf verfolgt und die Inhalte ihrer Pressemitteilungen (OTS-Meldungen) zwischen Januar 2015 und Oktober 2023 analysiert. Da die sozioökonomischen Positionen der Volkspartei keineswegs als „radikal“ bezeichnet werden können, beschränken wir uns bewusst auf eine kleinere Anzahl soziokultureller Themen, nämlich Migration und innere Sicherheit sowie Islam und Terrorismus. Abbildung 5 zeigt den relativen Stellenwert dieser

Abbildung 5. Der Stellenwert ausgewählter Themen in ÖVP-Pressemitteilungen, Januar 2015-Oktober 2023 (in Prozent pro Quartal).



Quelle: Eigene Inhaltsanalyse anhand OTS, einer Website der österreichischen Presseagentur APA

vier Themen im Zeitverlauf seit 2015. Um die Lesbarkeit der Abbildung zu verbessern, haben wir unsere detaillierten Daten zusammengefasst und präsentieren Quartalszahlen.

Der Stellenwert der Migration, die in unserer Analyse auch das Thema Integration enthält, wird vornehmlich von externen Faktoren vorangetrieben, insbesondere der Flüchtlingskrise von 2015-2016. Auf dem Höhepunkt der Krise, im September 2015, bezogen sich nicht weniger als 45 % aller Pressemitteilungen der ÖVP auf dieses Thema. Dieser Spitzenwert schlägt sich auch in den Quartalsdaten nieder, die

im 3. Quartal 2015 den mit Abstand höchsten Wert verzeichnen. Seitdem ist dieses Thema zwar präsent, hat aber nie wieder eine derart große Bedeutung erlangt. Die Kriminalität, das zweite Thema auf der linken Seite von Abbildung 5, weist konstantere Zahlen auf. Islam und Terrorismus, auf der rechten Seite, sind in der ÖVP-Kommunikation weniger wichtig. Zu beachten ist, dass die y-Achse einen anderen Maßstab verwendet. Der Graph schlägt immer dann hoch aus, wenn Europa das Ziel von islamistischen Terroranschlägen ist. Neben einem Terrorangriff in Wien (2. November 2020) zählt zu dieser Thematik auch der Überfall der Hamas auf Israel und der daran anschließende Krieg in Gaza. Im

Gegensatz dazu konzentrierte sich die ÖVP in den Jahren 2018 und 2019 auch auf den „politischen Islam“ und propagierte spezielle Vorschriften, beispielsweise ein Kopftuchverbot in Schulen.

Obwohl die Einwanderung und in einem geringeren Maße auch der Islam in der ÖVP-Kommunikation seit 2015 einen hohen Stellenwert einnehmen, hat die Partei viele kulturelle Fragen, die beispielsweise in den USA unter dem Begriff der „culture wars“ eine große Rolle spielen, nicht politisiert. Vor allem beim Thema Islam hat sich die Haltung der ÖVP deutlich verschoben – dies insbesondere angesichts der Tatsache, dass eine konservative Religionspraxis und Frömmigkeit einst sehr willkommen waren und es in erster Linie der Laizismus war, der für die ÖVP ein zentrales Problem darstellte.¹⁷ Die meisten anderen kulturellen Fragen spielen im Normalfall jedoch keine große Rolle, weshalb wir sie in unserer Inhaltsanalyse der Pressemitteilungen nicht systematisch erfasst haben. Während beispielsweise die Regulierung des Waffenbesitzes in der österreichischen Politik keine größere Bedeutung hat, gab und gibt es regelmäßig Debatten um das Abtreibungsgesetz, das die damalige SPÖ-Mehrheitsregierung 1975 gegen starken Widerstand der ÖVP (und FPÖ) durchgesetzt hatte. Seitdem sind Abtreibungen zwar weiterhin illegal, werden aber während der ersten drei Schwangerschaftsmonate nicht bestraft. Weder die ÖVP noch die FPÖ haben versucht, dieses Gesetz zu kippen, doch ist es in einigen konservativ geführten Bundesländern (aber auch im SPÖ-geführten Burgenland) für Frauen schwieriger, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen.

Die aktuelle Debatte um die Rechte von LGBTQ+ Personen zeigt ebenfalls, dass die ÖVP den Wertewandel in der Gesellschaft weitgehend akzeptiert. Eine progressive Gesetzgebung, darunter beispielsweise die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder Angaben zu einem dritten Geschlecht in offiziellen Dokumenten, wurde zum Teil vom Verfassungsgerichtshof und nicht vom Parlament (oder der Regierung) initiiert. Im Allgemeinen hat die ÖVP solche Veränderungen jedoch ohne großen Widerstand akzeptiert. In jüngster Zeit gibt es von konservativer Seite Pläne,

verschiedene Formen einer geschlechtergerechten Sprache zurückzudrängen. In Niederösterreich hat die neue ÖVP-FPÖ-Regierung (siehe unten) für behördliche Unterlagen ein entsprechendes „Genderverbot“ eingeführt. Welche Konsequenzen dieser Erlass in der Praxis (und vor allem in rechtlicher Hinsicht) haben wird, bleibt vorerst offen. Ein weiterer Aspekt des (eingeschränkten) „Kulturkriegs“ ist die aktuell beobachtbare Kritik der ÖVP an verschiedenen Aspekten der „Wokeness“. Laut Volkspartei gehört zur „Normalität“, die ihrer Ansicht nach verteidigt werden muss, beispielsweise das Recht auf Fleischkonsum oder die Bezahlung mit Bargeld. Die damit einhergehende Idealisierung des ländlichen Lebens, wo Menschen in Einfamilienhäusern wohnen und mit dem Auto fahren, vermischt sich häufig mit der traditionellen, gegen die Hauptstadt gerichteten Anti-Wien-Rhetorik. 2019 beklagte etwa der ÖVP-Klubchef, dass „unsere Kinder“ zum Studium nach Wien gingen und als Grüne zurückkehrten. Alle diese Positionen beruhen auf traditionellen, konservativen Ideen, belegen aber nicht einen substanziellen Wandel oder gar eine Radikalisierung der Partei.

Neben einem veränderten programmatischen Profil kann sich Radikalisierung aber auch im Verhältnis zu anderen Parteien zeigen. Im Einklang mit ähnlichen Arbeiten, die den Inhalt und die Ziele negativer Kampagnen in Wahlkämpfen systematisch untersuchen,¹⁸ haben wir alle Parteien und anderen Akteure, die von der ÖVP in ihren Pressemitteilungen angegriffen wurden, kodiert. Dazu gehört auch eine Attacke gegen den bereits erwähnten EP-Abgeordneten Karas, der zuvor seine eigene Partei kritisiert hatte.¹⁹

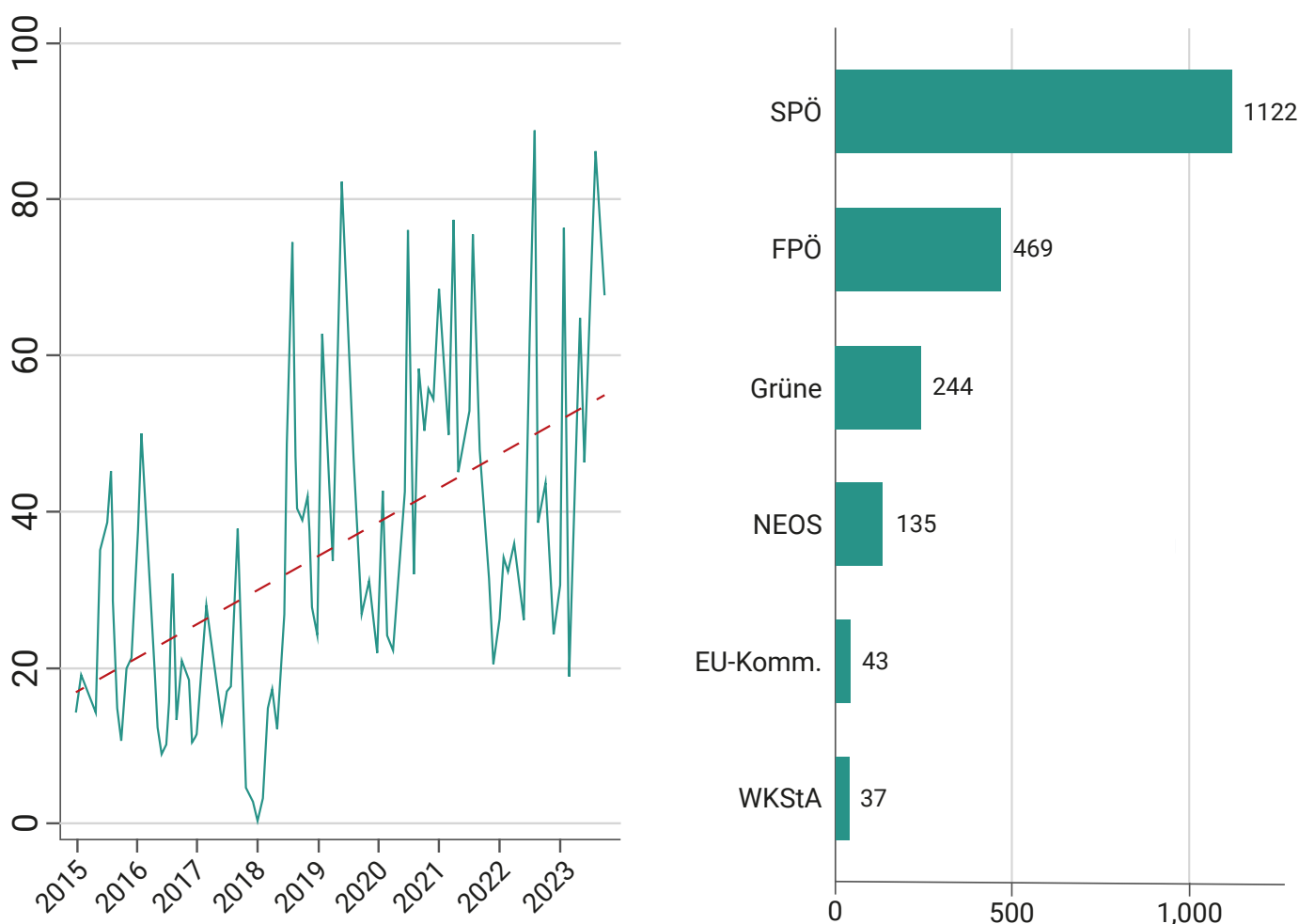
Die Anzahl an Presseaussendungen, die konkurrierende Parteien oder andere (politische) Akteure angreifen, hat im Lauf der Zeit stark zugenommen. Während sich der Bedeutungswandel bei ausgewählten politischen Themen kaum als eine Transformation von einer alten zu einer „neuen“ ÖVP interpretieren lässt, zeichnet die Grafik links in Abbildung 6 ein deutlich anderes Bild. Die negative Kommunikation der Partei hat sich wesentlich verstärkt. Dies ist besonders interessant, da man Attacken normalerweise

eher mit Oppositionsparteien verbindet. Strobl schrieb, dass sich die ÖVP unter Kurz in einem permanenten Kampagnenmodus befand,²⁰ was sich auch in der zunehmend negativen Kommunikation in den Pressemitteilungen zeigt. Das neue Kommunikationsmuster der ÖVP widerspiegelt aber auch die generelle Zunahme an Konflikten in der österreichischen Politik seit der letzten Großen Koalition.

Die rechte Seite von Abbildung 6 präsentiert die Hauptziele aller Angriffe in den Pressemitteilungen seit 2015 (in absoluten Zahlen). Hauptangriffsgegner

der ÖVP war die SPÖ, gefolgt von der FPÖ sowie den zwei kleineren Parlamentsparteien. Bei genauerer Betrachtung der zeitlichen Entwicklung (die aufgrund von Platzproblemen nicht dargestellt wird) ergibt sich ein interessantes Muster: Die SPÖ war auch dann der Hauptgegner, als die beiden Parteien eine Regierung bildeten. Vor und während der zweiten Koalition mit der FPÖ (2017-2019) hielt sich die ÖVP mit Attacken gegen ihren (künftigen) Partner hingegen zurück. Seit der Ibiza-Affäre und insbesondere seit die FPÖ in den Meinungsumfragen ab Dezember 2022 zur stärksten Partei avancierte, entwickelte sich auch die FPÖ zu einem Hauptgegner, blieb aber im Allgemeinen hinter der SPÖ zurück. Im Vergleich dazu

Abbildung 6. Monatlicher Anteil der attackierenden Pressemitteilungen der ÖVP (links) und ihre Hauptgegner (rechts)



Quelle: Eigene Inhaltsanalyse anhand OTS, einer Website der österreichischen Presseagentur APA.

erfolgten Angriffe auf die Europäische Kommission deutlich seltener, sie belegen aber, dass die EU nicht länger „unantastbar“ ist. Schlusslicht der hier gezeigten Liste der wichtigsten Angriffsziele ist die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Österreichs, die große Wirtschafts- und Korruptionsdelikte verfolgt. Wie bereits oben erwähnt, wurden mehrere hohe (frühere) ÖVP-Politiker:innen und Personen aus dem Umfeld der Parteispitze in den letzten Jahren der Korruption verdächtigt oder sogar angeklagt.

3.3 Koalitionsverhalten und die populistische Rechte

Wie bereits erwähnt, kann sich die Radikalisierung einer Partei auch in ihrem Verhalten zeigen, wenn sie Tabus bricht und etwa die Zusammenarbeit mit radikalen Parteien nicht länger verweigert, obwohl diese als Bedrohung der liberalen Demokratie angesehen werden oder die demokratischen Spielregeln offen herausfordern. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die ÖVP von vielen anderen konservativen Parteien, ist sie doch gewillt, eine Koalition mit rechtspopulistischen Kräften einzugehen. Die erste, im Februar 2000 gebildete Koalition führte noch zu ausgedehnten Protesten in Österreich und vielen europäischen Ländern. Doch schon die zweite, 2017 beschlossene Koalition wurde weitgehend als politischer Alltag akzeptiert. Die Aufnahme der FPÖ in die Bundesregierung hat zur Normalisierung des Rechtspopulismus beigetragen, doch sind Koalitionen mit der FPÖ immer noch die Ausnahme.

Um das Verhalten der ÖVP einordnen zu können, müssen zwei wichtige Faktoren berücksichtigt werden: Erstens war die Große Koalition aus Konservativen und der SPÖ in Österreich – im Gegensatz etwa zu Deutschland – keine Ausnahme, sondern eher die Regel (1945-1966, 1987-2000, 2007-2017). Genau diese Form der Parteienherrschaft, oder Partitokratie, ermöglichte jedoch den Aufstieg des Rechtspopulismus. Seit 1986 war die ÖVP lediglich Juniorpartner in diesen Koalitionen und verlor zunächst viel mehr Wählerstimmen als die SPÖ, bis die Existenz der ÖVP als Großpartei bei der Wahl 1999 endgültig in Gefahr geriet. Vor diesem

Hintergrund suchte die Partei nach einem Ausweg aus der politischen Falle, in der sie sich ihrer Meinung nach befand. Zweitens haben die Parteien rechts der Mitte bei den Wahlen in Österreich seit 1986 immer eine Mehrheit erzielt, mussten aber (mit Ausnahme der Jahre 2000-2007) bis 2017 immer einen sozialdemokratischen Bundeskanzler hinnehmen. Mit anderen Worten: Es gelang der ÖVP stets nur gemeinsam mit der FPÖ, eine von ihr geführte Mehrheit im Parlament durchzusetzen. Dennoch entschied sie sich nur nach drei von elf Wahlen und nur unter ganz bestimmten Bedingungen dazu, mit der FPÖ zu kooperieren. In jedem dieser Fälle zeigten sich die Freiheitlichen entweder gemäßigt oder waren gewillt, wichtige Aspekte der konservativen Agenda mitzutragen. Und wann immer die Parteien auf Bundesebene koalitierten, scheiterten die FPÖ-Vertreter:innen in ihren Ämtern und verursachten politische Tumulte in der Regierung. Umgekehrt konnte sich die FPÖ in der Opposition aber immer wieder erholen und weiter radikalisieren.

Die Koalitionen mit der FPÖ haben dazu beigetragen, dass rechtspopulistische Ansichten heute zunehmend auf Akzeptanz stoßen. Dabei muss jedoch erwähnt werden, dass sowohl die Konservativen als auch die Sozialdemokraten seit den 1990er Jahren wiederholt politische Standpunkte aus dem Diskurs der FPÖ übernommen haben und deren Ansichten zu Migrationsfragen und zum Islam nicht selten teilen. Kurz gesagt: Beide Parteien haben auf verschiedene Art und Weise dazu beigetragen, dass einst als radikal eingeschätzte politische Positionen in der Gegenwart als „normal“ gelten.

4. DIE FOLGEN FÜR DIE (SOZIALE) DEMOKRATIE

4. DIE FOLGEN FÜR DIE (SOZIALE) DEMOKRATIE

Eine Radikalisierung des rechten Mainstreams hätte schwerwiegende Folgen für die künftige Entwicklung der liberalen Demokratie in Österreich, würde sich aber gleichermaßen auch auf die Mitte-Links-Partei des Landes, d.h. die SPÖ, auswirken. Zu Beginn des Abschnitts widmen wir uns den potenziellen Folgen eines ÖVP-Rechtsrucks für die Situation der liberalen Demokratie. Anschließend untersuchen wir, welche Konsequenzen der potenzielle Wandel des rechten Mainstreams für die SPÖ und die künftige Bildung von Koalitionsregierungen hätte.

4.1 Eine Erosion der Demokratie (auch) in Österreich?

Die aktuelle Debatte um die Erosion der Demokratie bezieht sich nicht nur auf die Konsequenzen eines erstarkten Populismus und der Verbreitung rechtsextremer Ansichten, sondern erkennt auch im Verhalten der politischen Elite einen entscheidenden Faktor. Grundsätzlich sehen die meisten Autor:innen in Österreich eine stabile, liberale Demokratie. Mehrere Vergleichsindizes zur Qualität der Demokratie in verschiedenen Ländern identifizieren Österreich immer noch als ein Mitglied der Topgruppe liberaler Demokratien, doch zählen sie das Land dort seit Kurzem zu den Schlusslichtern (z.B. Economist Intelligence Unit). Andere Untersuchungen zeigen, dass Österreich bei Bewertungen der demokratischen Qualität zurückgefallen ist: etwa bei Bestandteilen der elektoralen Komponente einer Demokratie (von einem Indexwert von 0,85 (2017) auf 0,79 (2022)), aber auch bei deren liberaler Komponente (von 0,77 auf 0,70)²¹.

Auf Basis einer begrenzten Anzahl von Variablen kam das V-Dem Projekt kürzlich zu dem Schluss, dass Österreich insgesamt von einer liberalen zu einer Wahldemokratie herabzustufen sei. Da nur sehr

wenige Länderexpert:innen ihre Einschätzungen dazu abgaben, ist jedoch davon auszugehen, dass die V-Dem-Werte von methodischen Problemen beeinträchtigt werden.

4.2 Folgen für die Sozialdemokrat:innen I: Wählerwanderung

Die Sozialdemokrat:innen könnten von einer Radikalisierung der Konkurrenzparteien profitieren, wenn Mitte-rechts Wähler:innen den neuen radikalen Kurs ihrer bisherigen Partei nicht mittragen wollen. Wie jedoch in Kapitel 3 dargelegt, ist Österreich kein Beispiel für eine umfassende Radikalisierung der rechten Mitte. Darüber hinaus hält sich die Anzahl der Wechselwähler:innen zwischen links und rechts in Grenzen. Anhand der von SORA durchgeführten Analyse von Aggregatdaten (bzw. „ökologischen“ Daten) zu Wählerströmen können wir die Wählerwanderungen bei Nationalratswahlen zwischen 1999 und 2019 nachvollziehen. Für frühere Zeiträume liegen leider keine direkten Vergleichsdaten vor. Die ab 1999 verfügbaren Daten zeigen, dass ehemalige ÖVP-Wähler:innen ihre Stimme nur selten der SPÖ gegeben haben, sondern zur FPÖ und dem von ihr abgespaltenen BZÖ sowie zu den Grünen oder zu den liberalen NEOS abgewandert sind. Die SPÖ hingegen verlor ihre Wähler:innen vor allem an die FPÖ, die Grünen oder an Nichtwähler:innen. Während der Stimmenwechsel von der ÖVP zur SPÖ eher selten war, wechselten ehemalige SPÖ-Wähler:innen vor allem bei den Wahlen von 2017 und 2019 zur ÖVP und trugen somit zu den deutlichen Zugewinnen der Partei bei.²²

Die Daten zeigen, wie die ÖVP ihrer populistischen Gegnerin, der FPÖ, Wähler:innen abwerben und auf diesem Weg 2017 über 17 % sowie 2019 rund 20 % der ehemaligen FPÖ-Stimmen für sich gewinnen

konnte. Dies scheint den Gedanken zu untermauern, dass die Ideen- und Programmübernahme sowie die rhetorische Imitation der gegnerischen Partei von vielen Wähler:innen unterstützt wird. Angesichts der Tatsache, dass die FPÖ bei jeder bisherigen Regierungsbeteiligung scheiterte, könnte dies allerdings weniger auf die Kooptierung von Inhalten, sondern eher auf die mangelnde Reife und vor allem die Inkompetenz der populistischen Partei in der Regierung zurückzuführen sein.²³ Außerdem ist es möglich, dass die Wahlerfolge der ÖVP nicht nur an der Übernahme restriktiver Positionen in der Einwanderungsfrage festzumachen sind, sondern auch an dem Versuch der ÖVP, ihr Image zu modernisieren. Schließlich muss erwähnt werden, dass Kurz lange Zeit über äußerst gute Sympathiewerte in der Wählerschaft verfügte.

2017 gaben 3 % der ehemaligen SPÖ-Wähler:innen ihre Stimme der ÖVP und 12 % der FPÖ. 2019 liefen 5 % zur ÖVP, 2 % zur FPÖ und 14 % zu den Grünen über. Nachdem die Grünen die 4 %-Hürde bei den Wahlen 2017 nicht geschafft hatten, ist es denkbar, dass die Wähler:innen die parlamentarische Präsenz der Partei 2019 mit einem starken Trend zu ihren Gunsten sicherstellen wollten. Es zeigt aber auch, dass bei der Wählerschaft ganz allgemein eine klare Überlappung zwischen beiden linken Parteien besteht.

Generell konnte die SPÖ weder 2017 noch 2019 viele ehemalige ÖVP-Stimmen für sich gewinnen. Wenn es überhaupt Wählerströme zwischen den beiden gab, dann war es die SPÖ, die bei diesen Wahlen Stimmen an die Konservativen verlor. Bei der kommenden Nationalratswahl im Herbst 2024 muss die ÖVP jedoch größere Wählerverluste einkalkulieren. Sie wird mit Sicherheit Stimmen verlieren. Gemäßigte ÖVP-Wähler:innen, die vom Rechtsruck ihrer Partei (vornehmlich bei soziokulturellen Themen) enttäuscht sind, würden sich aber wohl eher den NEOS als der SPÖ zuwenden. Hingegen hat die SPÖ mehr Potenzial, Wählerstimmen von den Grünen und der FPÖ oder sogar von anderen, kleineren Parteien sowie früheren Nichtwähler:innen zu gewinnen. Es ist schwierig, all diese verschiedenen Gruppierungen mit einer kohärenten Strategie zu mobilisieren. Die Hinwendung zu einer strengeren

Einwanderungspolitik zieht vielleicht Personen aus dem rechten Spektrum an,²⁴ wie dies der ÖVP 2017 und 2019 gelang. Die SPÖ würde aber automatisch linksgerichtete Wähler:innen verlieren, so dass sich die Machtverhältnisse insgesamt nicht ändern würden. Beim jüngsten Ringen um den Parteivorsitz im Juni 2023 entschied sich die SPÖ für den am weitesten linksstehenden Kandidaten Andreas Babler. Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann des Burgenlandes, der den internen Wahlkampf verlor, steht für eine alternative Strategie, die strenge Einwanderungsregeln mit einer traditionell linken Wirtschaftspolitik vereint. Als neuer SPÖ-Chef kann Babler vielleicht Herausforderungen von der linken Seite (wie bei der jüngsten Landtagswahl in Salzburg) verhindern. Für konservative Wähler:innen ist die Partei durch ihn aber kaum attraktiver geworden.

4.3 Folgen für die Sozialdemokrat:innen II: Koalitionsbildung

Will man die Regierungsbildung in Österreich verstehen, muss neben der Bundes- auch die Landesebene betrachtet werden. Bis in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends verteilten die meisten Länder die Sitze in der Exekutive je nach Parteienstärke in den Landesparlamenten (Landtagen). Von diesem System (das aus verfassungsrechtlichen Gründen weiterhin bei allen Kommunalwahlen gilt) profitierte vor allem die FPÖ, da sie auf diesem Weg automatisch zu den „etablierten“ Parteien zählte. Im Gegensatz dazu folgen die Länder heute größtenteils den politischen Regeln des Bundes, d.h. der herkömmlichen freien Bildung von Regierungen auf Basis der Absprache von Parteien. Dies hat dazu geführt, dass sich die Regierungskoalitionen auf Landesebene zu einem politischen Laborentwickelthaben, in dem potenzielle Koalitionen auf ihre „Bundestauglichkeit“ getestet werden. Die Erfahrungen der Länderkoalitionen können als Blaupausen für die Koalitionsbildung auf Bundesebene dienen. So hat beispielsweise die Kooperation zwischen der ÖVP und den Grünen in drei Landesregierungen ziemlich sicher die Bildung einer entsprechenden Koalition auf Bundesebene erleichtert.²⁵

Aus Sicht der ÖVP haben die jüngsten Wahlen in den neun Bundesländern zu drei verschiedenen Koalitionsarten geführt: zu Koalitionen mit der SPÖ, zu Koalitionen mit der FPÖ und zu einer Koalition mit den Grünen. Nur in zwei Ländern (Burgenland und Wien) befindet sich die ÖVP zurzeit in der Opposition (siehe Tabelle 1).

Die jüngsten Regierungsbildungen in drei Ländern (NÖ, OÖ, S) lassen für die Nationalratswahl 2024 auf die mögliche Renaissance einer ÖVP-FPÖ Koalition schließen. Die Schlüsselposition der ÖVP im Parteiensystem ermöglicht allerdings auch andere Optionen. In den vergangenen fünf Jahren hat die Partei auf Landes- oder Bundesebene mit allen anderen bundesweit relevanten Parteien in verschiedenen Regierungskonstellationen kooperiert.

Wie kann die SPÖ darauf reagieren? Seit sich die FPÖ als eine rechtspopulistische Partei positioniert hat, lehnt die SPÖ eine Koalition mit den Freiheitlichen grundsätzlich ab. Die sogenannte „Vranitzky-Doktrin“ (benannt nach dem früheren Bundeskanzler

[1986-1997] und Parteivorsitzenden Franz Vranitzky) schränkt die Optionen der SPÖ drastisch ein. Da es seit 1979 bei Nationalratswahlen (über die ÖVP und FPÖ hinaus) keine linke Mehrheit gegeben hat, ist die SPÖ bei Regierungsbildungen von der Kooperationsbereitschaft der ÖVP abhängig. Einige SPÖ-Vertreter:innen haben sich deshalb dafür ausgesprochen, diese „Doktrin“ aufzugeben, doch selbst auf Landesebene ist die SPÖ ihr bislang – mit zwei Ausnahmen – stets gefolgt. Unter der aktuellen Führung beider Parteien ist daher kaum mit einer bundesweiten SPÖ-FPÖ Koalition zu rechnen. Eine SPÖ-geführte Mehrheit, die über die ÖVP und FPÖ hinausreicht, wäre möglich, wenn sich die ÖVP spaltet. Aktuellerscheint dies recht unwahrscheinlich, doch hat Othmar Karas, der seit langem als interner Kritiker der ÖVP auftritt, nicht ausgeschlossen, bei der kommenden Nationalratswahl mit einer eigenen Liste anzutreten.

Es gibt aber noch eine weitere Koalitionsmöglichkeit: In Bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen scheint die politische Landschaft 2024 deutlich nach links gerückt zu sein. Die hohe

Tabelle 1. Frühere und aktuelle Koalitionen auf Länderebene.

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
zuvor	SPÖ FPÖ	SPÖ ÖVP	ÖVP SPÖ FPÖ	ÖVP FPÖ	ÖVP Grüne NEOS	ÖVP SPÖ	ÖVP Grüne	ÖVP Grüne	SPÖ Grüne
aktuell	SPÖ	SPÖ ÖVP	ÖVP FPÖ	ÖVP FPÖ	ÖVP FPÖ	ÖVP SPÖ	ÖVP SPÖ	ÖVP Grüne	SPÖ NEOS
(ab)	(2020)	(2023)	(2023)	(2021)	(2023)	(2019)	(2022)	(2019)	(2020)

Hinweis: Stand November 2023. Die Länder sind in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Die in jeder Spalte jeweils erstgenannte Partei stellt die/den Landeshauptfrau/Landeshauptmann.

Inflationsrate und die sich daraus ergebenden hohen Preise, der Konjunkturunbruch, der größte Konkurs in Österreichs Wirtschaftsgeschichte, der die engen Beziehungen zwischen reichen Privatpersonen und Vertreter:innen des Staates aufdeckte sowie – für österreichische Verhältnisse – umfangreiche Streikmaßnahmen für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen haben ein politisches Umfeld geschaffen, von dem die SPÖ profitieren sollte. Dass die SPÖ trotz dieser Entwicklungen und fortlaufender Konflikte in der Bundesregierung nur wenige Monate vor der Wahl in den Meinungsumfragen weiterhin rund 5 % hinter der FPÖ an zweiter Stelle liegt, ist wohl die Folge von internen Problemen, darunter die mangelnde Geschlossenheit der Partei und ihre Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit der Wählerschaft.²⁶

Aber auch eine andere Lesart ist möglich: Die Tatsache, dass das öffentliche Ansehen der SPÖ trotz dieser internen Grabenkämpfe und der eher misslungenen Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden nicht gelitten hat und sie in Umfragen auf dem zweiten Platz verbleibt, lässt darauf schließen, dass ihre sozial- und wirtschaftspolitische Botschaft bei den Wähler:innen ankommt. Wenn sich die ÖVP mehr auf ihre Wirtschaftskompetenz und weniger auf die Themen Einwanderung und Identität konzentrieren würde – eine Strategie, die von den jüngsten Meinungsumfragen getragen wird –, könnte eine Koalition aus SPÖ und ÖVP die Sozial- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund stellen. Um die notwendige Mehrheit zu erreichen, bräuchten beide Parteien aber erstmals wohl einen dritten Koalitionspartner, beispielsweise die Grünen oder NEOS.

4.4 Folgen für die Sozialdemokrat:innen III: Orientierungsdebatte der Partei

Mit dem Rechtsruck der ÖVP und der Neubelebung der rechtspopulistischen FPÖ müssen sich auch die anderen politischen Parteien in Österreich neu orientieren. Dies gilt insbesondere für die SPÖ. Während sich die FPÖ bei soziokulturellen Fragen politisch rechts außen positioniert, haben sich

die Grünen und die liberalen NEOS bei diesem Themenspektrum als kosmopolitische, progressive Parteien etabliert. Dies entspricht auch dem homogenen Wählerprofil dieser Parteien. Die Situation der SPÖ sieht anders aus: Zwar ist die Partei bei sozioökonomischen Themen weiterhin links angesiedelt, doch hat sie sich bei soziokulturellen Fragen, beispielsweise bei den Themen nationale Identität, Einwanderung und Islam, in verschiedene Richtungen treiben lassen. Als Reaktion darauf entstanden tiefe Gräben: insbesondere zwischen einem großstädtischen Milieu, wo die SPÖ weiterhin jene Wähler:innen aus der Mittelschicht anzieht, denen die ÖVP zu konservativ und traditionalistisch ist, und klassischen, sozialdemokratischen Wähler:innen aus der industriellen Arbeiterschicht und einem kleinstädtischen Umfeld. Die Machtkämpfe zwischen Pamela Rendi-Wagner, der urbanen und linksliberalen SPÖ-Vorsitzenden von 2018 bis Juni 2023, und Hans Peter Doskozil, Landeshauptmann des Burgenlandes (und Landespartei-Vorsitzender), sind die augenscheinlichste Folge dieser Kluft. Rendi-Wagner und Doskozil stritten sich oft und vor allem öffentlich über den Kurs der Partei zu Themen wie Einwanderung, Sicherheit und COVID-Maßnahmen sowie über eine mögliche Kooperation mit der FPÖ.

Je mehr sich die ÖVP unter Sebastian Kurz zu einer (wenngleich bloß in Ansätzen) rechten Wirtschaftspolitik bekannte, desto lauter wurden in der SPÖ Stimmen, die eine wirtschaftliche Neupositionierung der Partei weiter nach links forderten. Das Ergebnis dieser Debatten war 2023 schlussendlich ein Dreikampf um den Parteivorsitz, der von Repräsentant:innen der drei Strömungen ausgetragen wurde: Pamela Rendi-Wagner, Amtsinhaberin und Repräsentantin der liberalen, urbanen Mitte, Hans Peter Doskozil, der die soziokulturelle Rechte zusammen mit einem traditionellen Kurs staatlicher Reglementierung vertrat, und Andreas Babler, der die SPÖ wie in alten Zeiten wirtschaftlich weit nach links rücken wollte. Nachdem sich Rendi-Wagner zurückgezogen hatte, gewann Babler den harten Wettkampf um die Führung gegen Doskozil. Allerdings erst, nachdem technische Fehler bei der parteiinternen Auszählung der Stimmen publik wurden.

Der Aufstieg der Linken innerhalb der SPÖ ist auch eine Konsequenz des Aufschwungs anderer, weiter links angesiedelter Gruppen, vor allem der Kommunisten (KPÖ+), die zuletzt in der Stadt Graz und im Bundesland Salzburg sehr gute Ergebnisse bei Lokal- bzw. Regionalwahlen erzielt haben. In Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, übernahmen sie 2019 das Bürgermeisteramt, bei der Landtagswahl 2023 in Salzburg gewannen sie 11,6 %. Schon bei der Bundespräsidentenwahl 2022 erreichte der Kandidat der ebenfalls linksorientierten Bierpartei, der Künstler Dominik Wlazny (alias Marco Pogo), ein respektables Ergebnis und kündigte an, auch 2024 bei der Nationalratswahl kandidieren zu wollen. Diese Rivalen im linken Spektrum des Parteiensystems sind der Beweis, dass links von der SPÖ noch viel Platz ist. Sie selbst ist derzeit zwischen den beiden Extremen eines progressiv linken und autoritär rechten Kurses gefangen und muss daher befürchten, bei den kommenden Wahlen auf beiden Seiten Wähler:innen zu verlieren.

5. FAZIT

5. FAZIT

Ahmt die ÖVP nur die Parolen der einstigen politischen Parias nach²⁷ oder hat sie deren Agenda voll und ganz übernommen? Hat, wie Wodak es sieht,²⁸ die Reaktion der ÖVP auf den rechtspopulistischen Widersacher FPÖ einen Normalisierungsprozess in Gang gesetzt, bei dem die ÖVP rechtsradikale Ideen, wie beispielsweise zur Einwanderungspolitik, übernommen hat? In diesem Strategiepapier haben wir gezeigt, dass einige der in Österreich bislang allgemein anerkannten politischen Normen und diskursiven Übereinkünfte zunehmend gebrochen werden. Auch verbale Angriffe gegen demokratische Institutionen wie die Justiz und hier vor allem die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sind zum normalen Bestandteil der politischen Auseinandersetzung geworden. Kann man daraus aber tatsächlich einen Wandel des rechten Mainstreams in Richtung einer Radikalisierung ablesen? Mit Blick auf die empirischen Belege für die beiden Kriterien der räumlichen Positionierung und des allgemeinen Bezugs zur Demokratie müssen wir dies verneinen.

In räumlicher Perspektive ist die ÖVP mit Sicherheit nach rechts gerückt und vertritt vor allem beim Thema Einwanderung (und Islam) nun deutlich restriktivere Positionen als früher. In mancherlei Hinsicht unterscheidet sie sich damit kaum noch von den Rechtspopulisten. Dennoch sind die restriktiveren Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren vorgeschlagen und zum Teil auch umgesetzt wurden, im Gesamtrahmen einer liberalen Demokratie weitgehend akzeptabel. Wenn die ÖVP Reformen einführen wollte, die die Akzeptanzgrenzen eines liberaldemokratischen Umfelds sprengen würden, beispielsweise das Kopftuchverbot in Schulen oder die Indexierung (vornehmlich aber Reduzierung) der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder von Migrant:innen, wurde sie entweder von österreichischen oder EU-Gerichtsurteilen blockiert und akzeptierte daraufhin die demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen. Innerhalb

der Partei machen wir auch eine schwindende Begeisterung für die europäische Integration aus. Dennoch ist die ÖVP nicht mit einer euroskeptischen Partei wie der FPÖ gleichzusetzen. Darüber hinaus politisiert die ÖVP nur wenige kulturelle Fragen, die vor allem in den USA zu den „culture wars“ geführt haben.

Beim zweiten Faktor, dem Verhältnis der Partei zur Demokratie, ist der Befund eindeutig: Die Volkspartei respektiert die demokratischen Spielregeln. Auch aufgrund ihrer politischen Dominanz und der Tatsache, dass ihre Mitglieder viele öffentliche Ämter bekleiden, ist die ÖVP weniger geneigt, demokratische und liberale Institutionen anzugreifen. Die laufenden Gerichtsverfahren gegen hohe Parteifunktionäre, darunter auch den früheren Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Kurz, sind jedoch ein wichtiger Prüfstein für die künftige Entwicklung der Partei.

In Bezug auf die sogenannte Radikalisierung der rechten Mitte können somit weder der politische Diskurs noch das politische Verhalten der ÖVP mit den Entwicklungen in Ungarn oder Polen gleichgesetzt werden, als rechte Parteien dort an die Macht kamen. Diese Beurteilung bezieht sich auch auf die Zeiträume in den Regierungskoalitionen mit der FPÖ. Als dominante Partei in diesen Koalitionen war die ÖVP in der Lage, den Aufstieg der Rechtspopulisten zu bremsen. Letztere sind im öffentlichen Amt bislang stets gescheitert und mussten bei anschließenden Wahlen schwere Rückschläge hinnehmen. Das könnte sich ändern, wenn die FPÖ als stärkere Partei in eine Koalition einsteigen würde. In einer solchen Konstellation wäre die bisherige ÖVP-Strategie einer „Zähmung“ rechtspopulistischer Strömungen im öffentlichen Amt nicht länger möglich.

ENDNOTEN

- 1 Meguid, B. M. (2005) "Competition between unequals: The role of mainstream party strategy in niche party success". *American Political Science Review*, 3(99): 347-359. DOI: 10.1017/S0003055405051701; Bale, T., C. Green-Pedersen, A. Krouwel et al. (2010) "If you can't beat them, join them? Explaining social democratic response to the challenge from the populist radical right in Western Europe". *Political Studies*, 3(58): 410-426. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2009.00783.x.
- 2 Heinisch, R. K. und A. Werner (2021) "Austria: Tracing the Austrian Christian Democrats' adaptation to the silent counter-revolution", in T. Bale und C Rovira Kaltwasser (Hg.) *Riding the Populist Wave: Europe's Mainstream Right in Crisis* (Cambridge: Cambridge University Press), S. 91-112.
- 3 Ibid, S. 147.
- 4 Bale, T. (2003) "Cinderella and her ugly sisters: The mainstream and extreme right in Europe's bipolarising party systems". *West European Politics*, 3(26): 67-90. DOI: 10.1080/01402380312331280598
- 5 Wodak, R. (2018) "Vom Rand in die Mitte – 'Schamlose Normalisierung'". *Politische Vierteljahresschrift*, 2(59): 323-335. DOI: 10.1007/s11615-018-0079-7
- 6 Hadj Abdou, L. und D. Ruedin (2022) "The Austrian People's Party: An anti-immigrant right party?" *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 2(48): 385-404. DOI: 10.1080/1369183X.2020.1853904
- 7 Strobl, N. (2021) *Radikaler Konservatismus. Eine Analyse* (Berlin: Suhrkamp).
- 8 Müller, W. C. (1997) "Die Österreichische Volkspartei", in H. Dachs, P. Gerlich, H. Gottweis et al. (Hg.) *Handbuch des Politischen Systems Österreichs – Die Zweite Republik* (Wien: Manz Verlag), S. 341-363.
- 9 Liebhart, K. (2020) "The normalization of right-wing populist discourses and politics in Austria", in S. Wöhl, E. Springler, M. Pachel et al. (Hg.) *The State of the European Union: Fault Lines in European Integration* (Wiesbaden: Springer), S. 79-101.
- 10 Lehmann, P., S. Franzmann, T. Burst et al. (2023) "The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2023a" (Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung). DOI: 10.25522/manifesto.mps.2023a
- 11 Heinisch, R. (2021) "The effect of the resurgent radical populist right on the main centre-left and centre-right parties and their adaptation strategies: The case of Austria", in G. Pereyra Doval und G. Souroujon (Hg.) *Global Resurgence of the Right: Conceptual and Regional Perspectives* (London: Routledge), S. 138-160; Hafez, F. und R. Heinisch (2018) "Breaking with Austrian consociationalism: How the rise of rightwing populism and party competition have changed Austria's Islam politics". *Politics and Religion*, 3(11): 649-678. DOI: 10.1017/S1755048318000172
- 12 Heinisch, R., A. Werner und F. Habersack (2020) "Reclaiming national sovereignty: The case of the conservatives and the far right in Austria." *European Politics and Society*, 2(21): 163-181, Tabelle 2, S. 173 DOI: 10.1080/23745118.2019.1632577
- 13 ÖVP (2017) "Der Neue Weg. Wahlprogramm". ÖVP, Teile 1, 2, 3.
- 14 Coman, R. und C. Leconte (2021) "Contesting EU authority in the name of European identity: The new clothes of the sovereignty discourse in Central Europe", in N. Brack, R. Coman und A. Crespy (Hg.) *Understanding Conflicts of Sovereignty in the EU* (London: Routledge), S. 38-53; Heinisch, R., A. Werner und F. Habersack (2020) "Reclaiming national sovereignty: The case of the conservatives and the far right in Austria".
- 15 Burri, M. (2018) "Karas vs Kurz: Why Austria's Chancellor faces some difficult choices ahead of the 2019 European Parliament elections". LSE European Politics and Policy (EUROPP) Blog, 28. September.
- 16 Ibid.
- 17 Hafez, F. und R. Heinisch (2024) *Politicizing Islam in Austria: The Far-Right Impact in the Twenty-First Century* (New Brunswick: Rutgers' University Press).
- 18 Dolezal, M., L. Ennser-Jedenastik und W. C. Müller (2015) "When do parties attack their competitors? Negative campaigning in Austria, 2002–2008", in A. Nai und E. S. Walter (Hg.) *New Perspectives on Negative Campaigning: Why Attack Politics Matters* (Colchester: ECPR Press), S. 163-179.
- 19 "OTS0076". 27. Juli 2023.
- 20 Strobl, N. (2021) *Radikaler Konservatismus. Eine Analyse*, S. 110-111.
- 21 "Country graph". V-Dem.

- 22 "Wahlanalysen". SORA.
- 23 Fallend, F. und R. Heinisch (2016) "Collaboration as successful strategy against right-wing populism? The case of the centre-right coalition in Austria, 2000–2007". *Democratization*, 2(23): 324-344. DOI: 10.1080/13510347.2015.1060223
- 24 Gründl, J. und P. Oberluggauer (2021) "Das Wahlverhalten der Mitte. Ein Rechtsruck in Folge der Fluchtbewegung?", in R. Verwiebe und L. Wiesböck (Hg.) *Mittelschicht unter Druck: Dynamiken in der österreichischen Mitte* (Wiesbaden: Springer Fachmedien), S. 269-300.
- 25 Dolezal, M. und F. Fallend (2023) "Die Länder: Landtage und Landesregierungen", in K. Praprotnik und F. Perlot (Hg.) *Das politische System Österreichs: Basiswissen und Forschungseinblicke* (Wien: Böhlau Verlag), S. 213-242.
- 26 "Bundesweite Wahlumfrage ServusTV 16-1-2024". OGM, 16. Januar 2024.
- 27 van Spanje, J. und N. D. de Graaf (2018) "How established parties reduce other parties' electoral support: The strategy of parroting the pariah." *West European Politics*, 1(41): 1-27. DOI: 10.1080/01402382.2017.1332328
- 28 Wodak, R. (2018) "Vom Rand in die Mitte – 'Schamlose Normalisierung'".

ZU DEN AUTOR:INNEN



MARTIN DOLEZAL

Martin Dolezal ist Senior Postdoc am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz sowie am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg. Er ist außerdem Senior Fellow am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seine Forschungsinteressen umfassen konventionelle und "unkonventionelle" Formen der politischen Partizipation, Wahlverhalten und Parteienwettbewerb.

martin.dolezal@plus.ac.at



REINHARD HEINISCH

Reinhard Heinish ist Universitätsprofessor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Populismus, Euroskeptizismus, politische Parteien, die radikale Rechte und Demokratie. Derzeit leitet er ein vom Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) gefördertes Projekt über Populismus und Verschwörungstheorien.

reinhard.heinish@plus.ac.at



DIANA LUCIA HOFMANN

Diana Lucia Hofmann ist Doktorandin der Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. Sie ist auch wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem vom Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) geförderten Projekt über Populismus und Verschwörungstheorien. Ihre Forschung konzentriert sich auf den politischen Aspekt von Verschwörungsvorstellungen sowie die Auswirkungen von populistischen Einstellungen und verschwörerischem Denken auf die politische Beteiligung und das Wahlverhalten.

dianalucia.hofmann@plus.ac.at

ÜBER DIE STIFTUNG FÜR EUROPÄISCHE PROGRESSIVE STUDIEN (FEPS)

Die Stiftung für Europäische Progressive Studien (FEPS) ist die Denkfabrik der progressiven politischen Familie auf EU-Ebene. Ihre Aufgabe ist es, innovative Forschung, Politikberatung, Ausbildung und Debatten zu entwickeln, um progressive Politik und Politik in ganz Europa zu inspirieren und zu informieren. FEPS arbeitet in enger Partnerschaft mit ihren 68 Mitgliedern und anderen Partnern - darunter renommierte Universitäten, Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger und Aktivisten - und stellt Verbindungen zwischen Akteuren aus der Welt der Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene her.

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES



Avenue des Arts 46, B-1000 Brussels (Belgium)
+32 2 234 69 00 | info@feps-europe.eu
www.feps-europe.eu
@FEPS_Europe

ÜBER DIE FONDATION JEAN-JAURÈS

Fondation Jean-Jaurès ist die führende politische Stiftung Frankreichs, die nicht nur als Think Tank, sondern auch als Akteur an der Basis und als historisches Gedächtniszentrum im Dienste all derer arbeitet, die sich für Fortschritt und Demokratie in der Welt einsetzen.



12 Cité Malesherbes, 75009 Paris (France)
www.jean-jaures.org
@j-jaures

ÜBER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist eine gemeinnützige deutsche Stiftung, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird und ihren Sitz in Bonn und Berlin hat. Sie wurde 1925 gegründet und ist nach dem ersten demokratisch gewählten Bundespräsidenten Deutschlands, Friedrich Ebert, benannt. Die FES setzt sich für die Förderung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Geiste der sozialen Demokratie ein, und zwar durch politische Bildung, Forschung und internationale Zusammenarbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung in Deutschland. 1973 wurde das EU-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet. Es beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess, unterstützt und begleitet die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Europa und gestaltet die Außenbeziehungen der Europäischen Union mit.



Rue du Taciturne 38, 1000 Brussels (Belgium)
www.brussels.fes.de
@FES_Europa

ÜBER DAS KARL-RENNER-INSTITUT

Das Karl-Renner-Institut ist die politische Akademie der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Es ist ein Forum für den politischen Diskurs, ein Zentrum für Aus- und Weiterbildung und ein Think Tank für die Zukunft der Sozialdemokratie.



Karl-Popper-Straße 8, A-1100 Vienna (Austria)
www.renner-institut.at
@RennerInstitut

Der Aufstieg des Rechtspopulismus setzt die liberale Demokratie unter Druck. Die Parteien der rechten Mitte bzw. des rechten Mainstreams haben auf unterschiedliche Weise darauf reagiert. Die vorliegende Studie untersucht die Reaktion der ÖVP auf die Herausforderung durch die FPÖ und geht dabei der Frage nach, ob sich die ÖVP radikalisiert und welche Konsequenzen dies für die Sozialdemokratie hat. Radikalisierung kann sich auf zwei Arten äußern: als Verschiebung von Parteipositionen weg von gemäßigten hin zu radikaleren Standpunkten sowie als Angriff auf zentrale Elemente einer liberalen Demokratie. Die vorhandenen Daten zeigen eine deutliche Positionsverschiebung der ÖVP nach rechts bei einigen soziokulturellen Streitfragen, vor allem bei den Themen Migration und Integration, nicht aber bei soziökonomischen Themen. Für die zweite Konzeption von Radikalisierung gibt es im Gegensatz dazu nur wenige relevante Belege, auch die zweimalige Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ bzw. deren Abspaltung BZÖ ändert diesen Befund nicht. Insgesamt kann die ÖVP daher nicht als Beispiel einer sich radikalisierenden rechten Mainstreampartei eingeordnet werden. Für die Sozialdemokraten ergeben sich aus der Reaktionsweise der ÖVP Herausforderungen bei der Ansprache von Wechselwähler:innen, bei der Bildung von Regierungskoalitionen jenseits einer Zusammenarbeit mit den Konservativen sowie bei der innerparteilichen Auseinandersetzung über die künftige programmatische und strategische Ausrichtung der Partei.

STUDIE PUBLIZIERT IM APRIL 2024 VON:

 **Renner**Institut

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
EU Office Brussels


Fondation
Jean Jaurès

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES



Copyright © 2024 by FEPS